

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis:
Bretterjahr: 1.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Infiltrations-Gebühr

Setzt für die festgesetzte Anzeigengröße
oder deren Raum 40 Pf. für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.

Erscheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Wernfbrucher: Amt IV. Nr. 1982.

Mittwoch, den 7. Februar 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Wernfbrucher: Amt IV. Nr. 1984.

Sozialdemokratie und bürgerliche Intelligenz.

In einer Wochenschrift begegneten wir dieser Tage einem
erquickend offenherzigen Geständnis über die Stellung, die der
literarisch bagabondierende bürgerliche Deklassierte der
Sozialdemokratie gegenüber einnimmt.

Der Verfasser feiert die Sozialdemokratie als die „Partei
der Kultur“. Die Sozialdemokratie habe es verstanden, sich
im heutigen Deutschland zur einzigen Partei der Kultur zu
machen.

Wenn wir nach der möglichen Unabhängigkeit in jeglicher
Hinsicht und einem ungehinderten Erzeugen und Genießen geistiger
Güter streben, so ist die Existenz der Sozialdemokratie für uns
eine Frage von höchster Bedeutung.

An einer anderen Stelle ist der Verfasser noch deutlicher.
Er behauptet, daß, wenn einmal unter den Angehörigen der
bürgerlichen Stände, die sozialistisch wählen, eine
Enquete veranstaltet und aufrichtig beantwortet werden
würde, 90 Proz. die Frage, was ihnen eigentlich am Wohlle
der arbeitenden Klassen liege, mit „gar nichts“ beantworten
würden.

Das klingt beinahe zynisch, ist aber im Grunde nur ehrlich.
Und es ist für gedulte Sozialdemokraten auch zu
allerlezt etwas Neues! Wir wissen längst, daß es mit den
Sympathien der bürgerlichen Mitläufer für die eigentlichen
proletarischen und sozialistischen Ziele der
Partei sehr zweifelhaft aussteht.

Es gibt deshalb nichts Törichteres, als wenn Genossen
aus bürgerlichen Kreisen, die selbst noch nicht allzu tief in
die sozialistische Ideewelt eingedrungen sind, die Sozialdemokratie
davor warnen zu müssen glauben, doch ja nicht
die Mitläufer aus dem bürgerlichen Lager gering zu schätzen,
oder auf die Werbung in bürgerlichen Kreisen zu verzichten,
da es ohne Hilfe wenigstens eines Teiles des Bürgertums
unmöglich sein werde, die sozialdemokratischen Forderungen
des Endzieles zu realisieren.

Solche Warnungen gehen von der ganz falschen Voraus-
setzung aus, als ob es sich bei dem ehrlichen und bewußten
Uebertritt von der Bourgeoisie zum Proletariat — in normalen
Zeiten wenigstens — jemals um mehr als eine
Personen handeln könnte. Solche Personen, die wirklich
mit den bürgerlichen Auffassungen völlig gebrochen und sich
restlos in die Klassenanschauungen der Sozialdemokratie
hineingelegt haben, wird das Proletariat jederzeit mit
offenen Armen aufnehmen und auf jeden Ehrenposten stellen,
den auszufüllen sie fähig sind. Die bloßen Mitläufer aber,
die nur aus einem dunklen individuellen Freiheitsdrang
heraus zur Sozialdemokratie kommen, oder diese für gerade
gut genug halten, sie irgend einer literarisch-artistischen
Lagesmode wegen zum Sturmbod gegen irgend welche

Seinze-Männer gebrauchen zu können, hält sich die Sozialdemokratie
mit Zug und Recht möglichst weit vom Leibel
Warum die Zahl der Sozialisten unter den bürgerlichen
Gebildeten eine so überaus winzige ist, hat Kautsky in
seiner Schrift „Das Erfurter Programm“ schon 1892 in vor-
züglicher Weise dargelegt:

„In den höheren Schichten der Besitzenden ist mehr Bildung
und ein weiterer Blick zu finden. Auch wirkt in manchen
Gebildeten noch ein Rest des alten Idealismus nach aus der Zeit der
revolutionären Kämpfe des aufstrebenden Bürgertums, der Zeit
der Aufklärung. Aber wehe dem Bourgeois, der sich ver-
leiten läßt, Interesse am Sozialismus zu nehmen und dasselbe zu
betätigen! Er steht bald vor der Wahl, entweder seine
Ideen aufzugeben oder alle gesellschaftlichen Bande
zu zerschneiden, die ihn bis dahin nicht bloß gefesselt, sondern
auch aufrecht erhalten haben. Nur wenige betreten sozial
Mut und Selbständigkeit, bis zu diesem Scheidewege vor-
zudringen, und nur die wenigsten dieser Wenigen
besitzen die Kraft, wenn sie dort angelangt sind, entschieden mit
ihrer Klasse zu brechen. Von diesen wenigen der Wenigen aber
pflegten bisher die meisten gar bald zu ermaten; sie sahen
ihre „Jugendseelen“ später ein und wurden „vernünftig“...“

Von den bestehenden Klassen hat also die Sache des
Sozialismus nicht viel zu erwarten. Einzelne seiner
Mitglieder können für den Sozialismus gewonnen werden, aber
nur solche, die ihrem Bewußtsein nach zu der Klasse nicht mehr
gehören, welcher ihre ökonomische Stellung sie zuweist. Das
wird stets eine kleine Minderheit sein, ausgenommen in
revolutionären Zeiten, wenn die Magdhale sich auf seilen des
Sozialismus zu neigen scheint. Dann allerdings dürfte eine arge
Zahnenflucht in den Reihen der bestehenden Klassen einziehen.“

Alle Gebildeten in Beamtenstellungen sind so von vorn-
herein für den Sozialismus verloren. Aber auch in den
„freien Berufen“, unter den Juristen, Medizinern usw., gibt
es bitter wenige, die sich rückhaltlos zum Sozialismus be-
kennen. Der Idealismus ist eben nur bei wenigen so stark,
um das Masseninteresse zu überwinden. Auch gehört ein
seltener Erkenntnisdrang dazu, um durch den dicken Wall
bürgerlicher Einstellungen und Vorurteile bis zu dem Kern
der sozialdemokratischen Lehren vorzudringen. So bleibt
schließlich nur noch die deklassierte Intelligenz, die lite-
rarischen Bohème übrig, aus der scheinbar ein starker
Zustrom zur Sozialdemokratie zu erwarten wäre. Und in der
Tat findet sich ja auch unter diesen Leuten, namentlich
unter dem Einfluß der Pubertätsgefühle, noch am meisten
revolutionäres Titanidentum. Aber wenn man selbst ein-
mal ein Stück Literaten- und Literaturrevolte mit erlebt und
dann gesehen hat, wie bald diese Ultra-sozialisten und
Anarchisten nach ihre politischen Forderungen sogar ihre
literarischen Ideale verleugneten, um im Dienste banausischer
Berleger feuilletonistische Jonglierkünste zu produzieren oder
gar die Honorar- und Lantienenjagd der viel geschmähten
Familienblattpoeten mitzumachen, so weiß man, was von
dieser Spezies von Bundesgenossen zu halten ist. Dem aber,
der das noch nicht weiß, sagt es freimütig genug das Geständ-
nis unseres Bohémiens, das wir oben wiedergegeben haben.

Es ist ja auch nur zu begreiflich, daß unsere Literaten
sich nicht in den proletarischen Klassenkampf einzugliedern
vermögen. Ihr Ideal ist physisches und geistiges Genießen,
das der Gegenwartskampf des Proletariats nicht zu bieten
vermag. Mit einem Zukunftswechsel ist aber den nach
Liebe, Wohlleben und Ruhm Hungernden nicht gedient.
Lieber kehren sie reumütig zu den kapitalistischen Fleisch-
töpfen zurück.

Aber selbst diejenigen, die nicht zu Renegaten werden,
sondern auf dem verlorenen Posten ihres ethischen und ästheti-
schen Idealismus ausharren, beurteilen den politischen und sozialen
Kampf nur zu gern durch die Brille ihrer künstlerischen Per-
sönlichkeit, wodurch sie jeden Maßstab für die Bewertung der
einzelnen Aktionen sowohl wie des gesamten Klassenkampfes
verlieren. Der lustige Sufarenritt gegen die Seinze-Männer
erschreckt ihnen wichtiger für die Kultur als etwa der er-
bitterte Kampf gegen den Zolltarif, als das gewaltige Ringen
um das preussische Wahlrecht. Diese Kreise empfinden denn
auch einen ethischen Horror vor dem reinlichen Klassenkampf;
es erscheint ihnen als eine Verleugnung des allgemeinen
Kulturcharakters des Sozialismus, daß seine Trägerin in
allererster Linie die Arbeiterklasse selbst sein soll.

Daß dieser mächtige und unerbittliche Klassenkampf das
einzige Mittel ist, die Kulturziele des Sozialismus zu er-
reichen, das verstehen eben diese bürgerlichen Mitläufer nicht.
Die Genossen aber, die sich nicht enthalten können, die ent-
schiedene Klassenkampfstrategie der Sozialdemokratie zu be-
kritisieren, sollten sich erst einmal ein wenig in unser Partei-
programm vertiefen, in dem es heißt:

„Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung
nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts,
das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie
kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen,
trotz der Interessensstreitigkeiten unter
sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln
stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesell-
schaft zum gemeinsamen Ziel haben.“

Die Revolution in Rußland.

Mekelei in einem Nigaer Vereinshause.

Niga, 6. Februar. Unbeschreibliche Szenen spielten sich gestern
abend in einem leitischen Vereinshause ab. Die Mitglieder des
Vereins hielten eine Versammlung ab, als das Haus plötzlich von
Militär umzingelt wurde. Eine Abteilung drang in das Gebäude ein
und betrat den Versammlungsfoal, um die Mitglieder nach Waffen zu
untersuchen. Kaum hatte die Leibesvisitation begonnen, als das
Licht im ganzen Hause verlöschte und die Ketten aus Revolvern
auf die Soldaten zu schiefen begannen. Die Soldaten
machten gleichfalls von den Waffen Gebrauch und schossen und
hieben blind um sich. Auf beiden Seiten gab es zahl-
reiche Tote. Ueber 80 Personen wurden ver-
haftet.

Selbstanklagen der Regierung.

Petersburg, 6. Februar. Die „Petersburger Telegraphen-
Agentur“ ist ermächtigt, eine Vätermedung, nach welcher der
frühere Generalgouverneur von Moskau, Durnowo, im
Reichsrat erklärt haben soll, die Schuld an dem Mos-
kauer Aufstande treffe die Zentralregie-
rung, zu dementieren und zu erklären, der frühere
Generalgouverneur Durnowo habe weniger
als irgend jemand sonst das Recht, eine solche
Behauptung aufzustellen.

Petersburg, 6. Februar. 48 Druckereien, die gestern
von der Polizei geschlossen worden sind, sind heute
wieder geöffnet worden. Der Minister des In-
nern Durnowo ersuchte eine bei ihm erschienene Abord-
nung der Druckereibesitzer, ihren Verfassungen anzuemp-
fehlen, daß sie keine beleidigenden Karikaturen hochstehender
Personen drucken möchten; was seine Person betreffe, so lege
er ihnen keine Beschränkung auf.

Zur Herstellung der „Ruhe“ in den Ostseeprovinzen.

Man schreibt uns aus Niga: In allen Flecken der Ostsee-
provinzen herrscht jetzt eine Militär nicht zum Beschreiben, es gibt
kein Gericht, die Soldaten schießen ganz gewöhnlich einen jeden
nieder, der ihnen nur verdächtig erscheint. Eine ganze Menge von
Gresen und Kindern sind schon von ihrer Hand gefallen, das ganze
Land ist von ihnen in eine Wüste verwandelt, da die Soldateska
jetzt zur Strafe ganze Dörfer niederbrennt. Man vermutet, daß das
Militär nach den Proscriptionslisten, die vom baltischen Adel zu-
sammengestellt sind, vorgeht. Im ganzen Lande ist der Erlaß des
Generalgouverneurs publiziert, in dem er droht, die Mitglieder
dieser aller Landgemeinden, welche durch die Insurgenten (!!) ge-
wählt würden, nach Nordibirien zu verschicken.“ Recht haben die
leitischen Zeitungen, wenn sie schreiben, „früher war bei uns eine
Bauernrevolution, jetzt haben wir eine Baronen- und Sol-
datenrevolution.“

Die Bekämpfung der Freiheitsbewegung kostet die russische
Regierung täglich 100 000 Rubel, also das Land bezahlt
der Regierung eine sehr hübsche Kontribution für das Vergnügen,
ohne Gericht niedergehauen zu werden. „100 000 Rubel!“ rufen
die russischen Zeitungen aus, — „zur Bekämpfung der Freiheits-
bewegung, anstatt das Geld den hungerigen russischen Bauern zu
geben oder neue Schulen für sie zu öffnen.“ Ein so kostspieliges
Vergnügen kann sich der arme russische Staat nicht erlauben!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Februar.

Vor leeren Bänken!

Die schwache Besetzung des Hauses bereitete heute die
Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation über den
Schachtbrand auf der Zeche „Vorussia“ bei
Dortmund, wo 39 Arbeiter getötet wurden. Durch diese
Beschlussunfähigkeit ist wohl die Besprechung aufgeschoben,
aber nicht aufgehoben, wie auch Genosse Sue in seiner
späteren Rede ankündigte. Graf Rosadowsky lehnte die
Beantwortung ab, weil nicht der Reichstag, sondern der
preussische Landtag zuständig sei!

Dann wurde die Beratung über den Etat des Reichs-
amtes des Innern fortgesetzt. Den Reigen der Reden er-
öffnete heute Graf Kanitz, der die Arbeiterversicherungs-
beiträge als eine drückende Last für die Junker bezeichnete.
Zwar ist es dem edlen Grafen Bewußtseinspflicht, den Armen
zu helfen, aber das hindert ihn nicht, in Punkt Sozialpolitik
der Regierung zuzurufen: Stopp! Sein Wunsch nach Verei-
heitlichung der ganzen Arbeiterversicherung entspringt natür-
lich auch nur der Trübebergerei vor den Kosten, zu denen die
armen Junker beitragen müssen. Was sollen denn da die
Arbeiter sagen, die die agrarische Substanz, wie sie der Zoll-
wucher insolviert, mit vielen hunderten von Millionen Mark
jährlich stillen müssen! Der weibliche Freisinn ließ heute seine
sozialpolitischen Gefühle durch den Abgeordneten Wachnick
bekennen, der in seiner rhetorischen Weichlichkeit auch der
richtige Interpret dieser Gefühle ist. Zu den blutig-reaktionä-
ren Bildern Mugdars über den Terrorismus der Sozial-
demokratie wollte er einige Züge beifügen, aber dessen ist das
teigige Gemüt Bodnides nicht fähig, und so blieb es denn
bei dem mütterlich besorgten Rat an die Sozialdemokratie,
hübsch artig zu sein und ja nicht mit den Streichhölzern —
Wardon! — der Revolution zu spielen. Da ist nun freilich der
Antifemin D r u h n ein ganz anderer „Kerl“! Forsch nan der
Leber weg forderte er Ausnahmemeße gegen die Sozial-

Demokratie und verriet damit die innersten Regungen eines
Lidgewordenen Spießers, dem die Regierung als feige
Memme gegenüber der Sozialdemokratie erscheint, und der
sich selbst für den „starken Mann“ im ärztlichen Sinne
hält. Die Sozialdemokraten wurden durch seine Wildheit er-
heitert.

Graf Posadowsky hielt darauf seine zweite große
Rede, die freilich seiner ersten ziemlich Eintrag tat; denn er
verrannte sich heute in Zukunftsstaatsfragen, die bekanntlich
den Trägern keine staatsmännischen Erfolge einzubringen
pflegen. Besser hätte er unter Genosse Gue ab, der unter
der Aufmerksamkeit des schwach besetzten Hauses erschütternde
Wörter des Fohes der Arbeiter in Hütten und Bergwerken
aufstrotzte. Ist dem Grafen König die offizielle Sozialpolitik
schon zu überschwänglich in ihrer Fürsorge für die Arbeiter,
so zeigte sich in diesen Schilderungen Gues, wie unendlich
viel noch zu tun ist, um nur den elementarsten Schutz gegen die
brutale Ausbeutung der Arbeiter, speziell der Arbeiterinnen,
zu schaffen. Es schien, als ob Graf Posadowsky selbst sich
ergriffen fühlte von den aus eigener Erfahrung fließenden
Schilderungen proletarischen Elends; aber Rosa schwelgt zu
sehr in dem Gedanken von der „mustergültigen deutschen
Arbeiterbeschäftigung“.

Morgen: Samstag, auf dessen Tagesordnung nur
der Wahlrechtsantrag unserer Fraktion steht, da das Zentrum
seinen Toleranzantrag höchst merkwürdigerweise „einstweilen
zurückgezogen“ hat. Dieses „Aufgehoben“ scheint aber
eine Art „Aufgehoben“ zu bedeuten!

Der Etat des Ministeriums des Innern im Abgeordnetenhaus.

Bereits zu Beginn der Dienstagssitzung wurde dem Minister
sein Gehalt bewilligt. In der vorausgegangenen General-
debatte sprach noch der Abg. Goldschmidt (fr. Sp.) eine
Lange für das allgemeine gleiche direkte und geheime
Landtagswahlrecht, die Mehrheit jedoch machte den
ihr unangenehmen Erörterungen über die Wahlrechtsfrage
durch einen Schlussantrag ein Ende. Es ist bezeichnend, daß
während der ganzen Etatsdebatte das Zentrum sich über seine
Stellung zum Wahlrecht nicht geäußert hat!

In rascher Reihenfolge bewilligte das Haus sodann eine
Reihe von Kapiteln des Etats. Von Bedeutung ist die Er-
klärung, die der Minister von Bethmann-Hollweg im
Laufe der Diskussion über seine Stellung zum Aus-
scheiden von Städten aus den Kreisen abgab. Bekanntlich
haben die Städte, sobald ihre Einwohner-
zahl 25 000 beträgt, das Recht, aus den Kreisen aus-
zuscheiden. Die Regierung fürchtet nun, daß die großen
Landgemeinden um Berlin, sobald sie Städte geworden sind,
von diesem Rechte Gebrauch machen. Dadurch würden die
Kreise natürlich schwer geschädigt, sie würden ihre beste
Steuerkraft verlieren, und aus diesem Grunde nimmt die
Regierung gegenüber Anträgen von Landgemeinden auf
Stadtverdingung eine sehr vorsichtige Haltung ein; sie erkennt
aber an, daß es so wie bisher nicht weiter geht. Zu einem
bestimmten Beschluß ist sie bislang noch nicht gekommen.

Allgemeines Interesse erweckte ferner eine Prosti-
tutionsdebatte, die der freisinnige Abg. Rönneberg
anschnitt. Mit Recht wandte sich der Redner gegen die un-
würdige Behandlung der Frauen und gegen die Polizei-
verordnungen, die oft zu Mißgriffen führen. Auch darin
gehen wir ihm recht, daß eine vernünftige Wohnungs-
gesetzgebung manches Mädchen vor dem Verabsinken zur
Prostitution bewahren könnte. Aber damit allein ist es
nicht getan. Will man der Prostitution wirksam zu Leibe
gehen, dann muß man ihre Ursachen aus der Welt schaffen.
Innerhalb der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung
wird der Kampf gegen die Prostitution niemals ersprie-
chliche Resultate zeitigen; denn die Ursachen dieses Übels liegen
in unseren wirtschaftlichen Einrichtungen, die es zulassen,
daß Tausende und Abertausende von Frauen zu Löhnen
arbeiten müssen, die sie geradezu zwingen, sich zu prostituieren,
wenn anders sie nicht den Hungertod vorziehen. Wir haben
genow nichts dagegen einzuwenden, wenn der Minister im
Bereim mit Sachverständigen die Prostitutionsfrage ernstlich
erwägen will, wir sind aber überzeugt, daß dabei nicht
viel herauskommen wird.

Am Mittwoch wird die Etatsberatung fortgesetzt.

Ein Unerfahrener.

Dem preussischen Staat, speziell seiner Landwirtschaft, droht ein
schwerer Verlust. Seine hervorragende Kapazität: Exzellenz
v. Pöbdielski, königlich preussischer Staatsminister und Minister für
Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Wirklicher Geheimrat, Rat,
Generalleutnant z. D. à la suite des Husarenregiments v. Zieten usw.,
muß gehen. Schon vor einiger Zeit wählten verschiedene Blätter,
darunter auch die „Deutsche Tageszeitung“, zu melden, daß Pöbdielski
in seiner Stellung wackele; aber in Anbetracht der allerhöchsten Gunst,
der sich noch kurz vor jener Meldung der Landwirtschaftsminister
rühmen durfte, erschien das Gerücht wenig glaubwürdig. In ihrer
Wochenübersicht nimmt jedoch jetzt die „Kreuzzeitung“ mit
folchem elegischen Ton von dem „halb bevorstehenden Rück-
tritt des Landwirtschaftsministers“ Notiz, und die „Deutsche Tages-
zeitung“ stimmt so schmerzlich bewegt in diese Totenklage ein, daß
an der Richtigkeit der Meldung kaum noch zu zweifeln ist. Das
Münderblatt weiß sogar bereits den Nachfolger Pöbdielskis auf dem
Ministerstuhl zu nennen: es ist der Oberpräsident Dr. Wenzel in
Hannover, den das Blatt in seiner Verwirrung über den Sturz
seines Gönners als „Oberpräsident des Innern“ bezeichnet. Es
schreibt:

„Sollte übrigens, was wir immer noch bezweifeln, der Rück-
tritt erfolgen, so würde er mit der Politik, insbesondere mit der
Stellung der Regierung zur Frage der sogenannten Fleischnot
nicht das geringste zu tun haben, sondern auf andere, außerhalb
der eigentlichen agrarpolitischen Sphäre liegende Gründe zurück-
zuführen sein. — Als sorgfältige Chronisten können wir nicht an
einem Gerüchte vorübergehen, das heute in parlamentarischen
Kreisen aufsteht und vielfach erörtert wurde. Danach soll der
zeitweilige Oberpräsident des Innern Dr. Wenzel über kurz oder
lang als Nachfolger des Landwirtschaftsministers Herrn v. Pöbdielski
in Aussicht genommen sein. Man erinnert sich, daß Herr
Dr. Wenzel Kandidatur schon nach dem Hincheiden des
Freiherrn v. Hammerstein für den Posten des Ministers des
Innern bekanntermaßen ernsthaft in Frage kam. Wenn auch viel-
leicht anzunehmen sein dürfte, daß der Oberpräsident von Han-
nover nicht abgeneigt sein würde, ein etwa freiwerdendes Mini-
sterium zu übernehmen, so können wir doch kaum glauben, daß er
den Anforderungen eines so schwierigen Ministeriums wie des-
jenigen für Landwirtschaft gewachsen sein dürfte. Die Fähigkeiten
des genannten Herrn liegen jedenfalls auf anderen Gebieten.“

Das Deutsche Blatt hofft mit der „Kreuzzeitung“, daß Herr
v. Pöbdielski „wertvolle Dienste seinem Könige und dem Staate
noch recht lange erhalten bleiben“. Wir verstehen diesen Wunsch
und stimmen ihm bei — wenn auch aus anderen Gründen. Ob
Pöbdielski oder Wenzel als Landwirtschaftsminister fungiert, ist für die
Stellungnahme der Regierung zu den agrarischen Fragen einerlei.

Die Landwirtschaft ist heute Trümmer, und unter den bestehenden
Verhältnissen vermag auch Herr Wenzel nichts anderes zu leisten,
als den alten Faden weiterzuspinnen. Dafür scheidet aber mit Pöbdielski
eine Persönlichkeit aus dem Dienste, deren hochtönende Originalität
die Eigenart preussischer Regierungskunst bisher prächtig charak-
terisierte und die Mäßigkeit des bekannten Orensternschen Aus-
spruchs auch dem Blödesten ad oculos demonstrierte. Unter allen
seinen Kollegen ist Herr v. Pöbdielski der feinste Typus seiner
Klasse. Er verlor sich in seiner mehr durch Voluminösität als durch
Geistesfülle ausgezeichneten Person nicht nur die tiefe klassische
Bildung des ospreussischen Junkertums, sondern auch ihre ideale
Gemütsrichtung und ihren feinen Geist, wie verschiedene seiner
wichtigen Ansprüche beweisen. Und gleich Hervorragendes leistet er
auf dem Gebiete agrarischer Sachverständigkeit, namentlich in der
Schweinezucht und der Milchvermehrungswirtschaft. Es wäre wirklich
schade, wenn diese Kapazität, die unserer ganzen heutigen Regierung erst
nach außen das richtige Relief gibt, aus seinem Ministerium
scheiden sollte. Wir hoffen deshalb mit der „Kreuzzeitung“ und der
„D. Tagesztg.“, daß es gelingt, diesen Repräsentanten adeliger
Gemüts- und Geistesbildung dem Staate zu erhalten, zumal Herr
v. Pöbdielski seine vielseitige Verwendbarkeit bereits glänzend be-
wiesen hat als Generalstabschef, Leiter von Husarenregimentern
und Kavalleriebrigaden, Staatssekretär des Reichspostamts, Land-
wirtschaftsminister usw. Vielleicht würde er sich auch zur Sanierung
der Reichsfinanzen qualifizieren. Seine Sachverständigkeit auf
diesem Gebiete dürfte fast ebenso bedeutend sein, als auf dem Ge-
biete der höheren Schweinezucht — und schließlich ist ein preussischer
Kavalleriegeneral zu allem zu gebrauchen. —

Die Wahlbewegung im Chemnitzer Reichstagswahlkreis.

Die Wahlagitatorien im 16. sächsischen Wahlkreis ist jetzt flott in
Gang gekommen. Unsere Parteigenossen waren natürlich schon
frühzeitig zu einer Zeit bei der Agitation, als sich im gemäßigten
Lager noch nichts rührte. Das lebhafteste Interesse der Arbeiterschaft
an der Wahl trat schon bei der Nachprüfung der Wählerlisten in
die Erscheinung. Koch bei seiner Wahl im Kreis sind die Wähler-
listen von so vielen Leuten eingesehen worden wie diesmal.

So wie den Kartellparteien ist es auch den Freisinnigen recht
fauer geworden, bis sie einen Durchfallskandidaten aufstellen konnten.
Sie nehmen an, daß in den Reihen der nationalliberalen Partei
starke Abneigung gegen die Kartellkandidatur Hermsdorf besteht und
hoffen deshalb auf eine nicht unbedeutende Vermehrung ihrer
Stimmen. Zu dem Zweck glaubten sie auch einen außergewöhn-
lichen Kandidaten aufzustellen zu müssen: der Landtagsabgeordnete
Günther hat sich schließlich bereitwillig gelassen. Nun wird er
mit jahrmakelhaftem Takt den Wählern angepriesen als ein
Mann, der für sich allein ein Programm bedeute. Der Freisinn
dankt als Partei vollkommen ab. Er beruft sich nicht mehr auf
Grundsätze, lehrt nicht mehr sein Programm hervor, sondern setzt
seine ganze Hoffnung auf einen Mann, den einzigen Mann in
Sachsen, den Dölar Günther. Das Gefühl dafür, wie traurig das
ist, haben die Freisinnigen offenbar ganz verloren.

Zur Eröffnung des Wahlkampfes hatten sich die bürgerlichen
Parteien den Sonntag ausgesucht, an dem in Sachsen und Preußen
die Arbeiterschaft für ihre Wahlrechtsforderungen demonstrierte. Wie
auf Verabredung veröffentlichten die Kartellparteien und die Frei-
sinnigen Wahlaufreife. Sie fühlten das Bedürfnis, ein Gegenstück
zu den machtvolten sozialdemokratischen Versammlungen zu liefern,
die an diesem Tage auch im Chemnitzer Wahlkreis stattfanden. Auf
der vollen Höhe der Erbärmlichkeit zeigte sich der Freisinn. Während
die Kartellmänner sich in der Hauptsache darauf beschränkten, die
angehenden Vorzüge ihres Kandidaten gegenüber unserem Genossen
Röske, der ihnen zu „jugendlich“ und als „Schwärmer“ und
„Theoretiker“ erscheint, felen die Freisinnigen schmähen, hegnd
und denunzierend über die Sozialdemokratie her und zwar haupt-
sächlich wegen des Vorgehens unserer Partei in der Wahlrechtsfrage.
Nicht in der Belämpfung der Reaktion erblickte der Chemnitzer Frei-
sinn seine Aufgabe in dem Augenblick, wo die gesamte reaktionäre
Sippchaft in Sachsen und im Reich sich wie besessen gebärdete,
sondern er erklärte an der Spitze seines Aufrufs:

Dringender als je ist es heute erforderlich, mit allen
Kräften den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufzu-
nehmen, deren wesentlichste Aufgabe darin besteht, die heutige
Staats- und Gesellschaftsordnung bis aufs Messer zu bekämpfen.
Die Gewinnung der Staatsgewalt durch das Proletariat schwebt dieser
Partei als Ideal vor, ein Ziel, welches, wenn überhaupt, nur
auf dem Wege der offen verheerlichten und an-
empfohlenen gewalttätigen Revolution erreicht
werden könnte. . . Gegen diese staats- und kulturfeindlichen Pläne
anzukämpfen muß die erste Pflicht eines jeden sein, der es
gut meint mit der Wohlfahrt des Vaterlandes und mit seiner frei-
heitlichen Entwicklung.“

Gründlichere Dienste als „Schleppenträger der Reaktion“ ver-
mag der Freisinn kaum noch zu leisten. In ihrem ersten Flugblatt
spinnen die Freisinnigen denselben Faden weiter. Als erste Empfeh-
lung für ihren Kandidaten führen sie an, daß er seit Jahren un-
ermüdlich gegen die Sozialdemokratie kämpft!

Die Kartellparteien haben bisher noch gar keine Versammlung
abgehalten. Dafür beginnen sie jetzt den Kreis mit den bekannten
Schmähschriften des famosen Vereins zur Bekämpfung der Sozial-
demokratie zu überschütten. Das kostet sie gar keine geistige An-
strengung; die Geldlosen kann ihr Durchfallskandidat leicht tragen,
denn er hat aus den Knochen der Arbeiter seiner Riefenbetriebe
Millionen herausgeschlagen. Darüber sind sich die Kartellparteien
klar, daß sie in diesem Kampfe nur Stimmen zu verlieren haben.

Zahlreiche sozialdemokratische Versammlungen haben schon statt-
gefunden. In dieser Woche sprechen außer dem Kandidaten noch
die Genossen Vebel, Geier, Singer, Ad. Hoffmann, Schre, Rauens-
brecher. Daß der 18. Februar ein neuer Ehrentag für unsere Partei
sein wird, darf schon jetzt als sicher gelten. —

Deutsches Reich.

Abnahme des Fleischverbrauchs.

Die agrarische Presse leistet sich noch immer das Vergnügen, auf
die Klagen über die Fleischnot damit zu antworten, daß sie Auszüge
aus Marktberichten abdruckt, in denen erwähnt wird, auf diesem oder
jenem Schlachtviehmarkt wäre nicht der ganze Auftrieb geräumt
worden: eine Beweisführung, die nichts anderes beweist als die
Einfältigkeit jener Blätter; denn es ist ganz selbstverständlich, daß
bei der Planlosigkeit unseres heutigen Wirtschaftssystems, dessen
Markterhältnisse durch Angebot und Nachfrage geregelt werden, sich
neben den vielen Markorten mit einem Unterangebot von Schlacht-
vieh auch zeitweilig einige Markorte mit einem Ueberangebot be-
finden. Außerdem aber hat die Nachprüfung derartiger Marktberichte
gezeigt, daß der „Ueberstand“, d. h. das nicht verkaufte Vieh, durch-
weg von einer Beschaffenheit war, die es den Schlächtern geradezu
verbot, die geforderten hohen Preise zu zahlen, wenn sie nicht mit
Verlust arbeiten wollten.

Was das ganze Geschwätz jener Presse wert ist, zeigt auf das
deutlichste die soeben von der „Statist. Korrespondenz“ veröffentlichte
monatliche Zusammenstellung der Ergebnisse der Schlachtvieh- und

Fleischbeschau für das vierte Vierteljahr 1905. Nach diesem Bericht
find im dritten Vierteljahr des vorigen Jahres 265 747 Schweine,
d. h. ungefähr 13 Proz. und im vierten Vierteljahr 325 788
Stück oder 20 Proz. weniger geschlachtet worden, als
in den entsprechenden beiden Quartalen des Jahres 1904.
Im zweiten Halbjahr 1905 betrug demnach der Rinder-
verbrauch rund 790 000 Stück, und doch nimmt in
jedem Jahr die preussische Bevölkerung ungefähr 400 000 Köpfe zu;
sie war also im letzten Jahr um diese Kopfzahl größer als im Jahre
1904. Dafür hat allerdings die Zahl der Rindviehschlachtungen im
vierten Quartal nur 27 338 Stück und der Schafschlachtungen um
13 671 Stück zugenommen; aber diese Zunahme vermag die Ab-
nahme der Schweineschlachtungen nicht entfernt auszugleichen, da
auch die Zahl der geschlachteten Küder um 68 630 Stück niedriger
gewesen ist als im vierten Vierteljahr 1904.

Trotzdem behaupten die Herren Agrarier: Fleischnot ist in
Deutschland nicht vorhanden — selbstverständlich nicht für den, der
ohne Bedenken die höchsten Preise zahlen kann. —

Zentrums-Rückzug.

Nachdem das Zentrum mit seinem Toleranzantrag paradiert
und seinen Anhängern gegenüber sich aufs neue als unentwegter
Vertreter der katholischen Kircheninteressen borgezeigt hat, hält es
jetzt für angebracht, einen Rückzug anzutreten und die Parade auf
eine bessere Gelegenheit zu verschieben. In einer am Montag ab-
gehaltenen Fraktionsitzung beschloß, wie eine Parlamentskorrespondenz
berichtet, das Zentrum, den Toleranzantrag fallen zu lassen und
dafür die Resolution Stöcker zuzustimmen, welche die Forderung
stellt, daß die in einzelnen Bundesstaaten noch bestehenden Be-
schränkungen der Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung
zu Religionsgemeinschaften und der gemeinsamen Religionsübung
baldigt im Wege der Landesgesetzgebung beseitigt werden. Die
Resolution soll in der Mittwochssitzung des Reichstages zur Ab-
stimmung gelangen.

Daß die große Aktion in dieser Weise verlaufen werde, war
voranzusehen, und das Zentrum hat am allerwenigsten auf einen
anderen Erfolg gerechnet. Sein Zweck war von vornherein nur,
seiner Gefolgschaft ein Paradestück vorzuführen. —

Aufhebung der Bergfreiheit in Württemberg. Wie auf so vielen
anderen Gebieten schreiten auch in bezug auf die Vergesetzgebung
die süddeutschen Staaten dem preussischen Staat voran. Die
württembergische Regierung hat den Ständen eine Novelle zum Vergesetz
vorgelagt, welche die seit 1874 bestehende Bergfreiheit aufhebt
und das Schürfen nach Salz und Solquellen ausschließlich dem
Staate vorbehält. —

Ein Rotzfärel.

Königsberg, 4. Februar.

Dieser Tage erhielt der Parteisekretär für Ostpreußen von einem
durchaus königstreuen Landarbeiter aus Puhlanen bei Neu-
Argentinien (Kreis Tilsit) folgenden Brief:

„Ich bin gezwungen, mich an die Sozialisten zu wenden und
Ihnen mein schweres Leid zu klagen. Ich war am 15. Januar
d. J. 50 Jahre alt. Habe neun Kinder in der Ehe gehabt. Die
ältesten fünf habe ich bis zur Einsegnung zu Hause gehabt, jetzt
sind sie in der Fremde. Die vier schulpflichtigen Kinder
habe ich noch zu Hause und ernähre sie, wie ich die anderen
ernährt habe. Ich werde auch ferner meine Pflicht tun, so lange
ich lebe. Kein Mensch kann hier sagen, daß ich arbeitslos bin.“

Nun aber, da ich 50 Jahre alt bin und noch 4 Kinder habe,
will keiner an mir eine Wohnung vermieten. Denn die
Ortschulzen von Puhlanen sowie vom Nachbar-
dorf Argentinien gehen zu den Vermietern und
sagen, sie möchten mich nicht reinnehmen; denn
ich könnte ein Ortsarmer werden. Es wird so weit
kommen, daß ich auf das Dorf-Privatland rausgesetzt werde und
dann zusehen muß, wie meine Frau und 4 Kinder leiden, bis sie
zu Tode erstarrt sind. Selbstmord kann ich doch nicht begehen,
um der Plage ein Ende zu machen.“

Ich bitte Sie sehr, doch zu sorgen, daß wenn die Abgeordneten
in Berlin zusammen kommen, möchten sie beschließen, daß das
arme Volk, dem die Ortschulzen die Wohnungen verweigern, vom
Militär erschossen wird, aber gleich mit der jungen Familie zu-
sammen, damit es sich nicht vermehren kann. Ich bin bereit,
nicht nur feindlichen, sondern auch deutschen Augen und Sa-
jonetten gegenüber zu stehen. Ich bitte mir mitzutellen, wie ich
es bis dahin machen soll.“

Hochachtungsvoll A. F. . . .

Dieser Rotzfärel beweist die Dringlichkeit der Reform des Ver-
gesetzes über den Unterfügungswohnsitz! —

Die Hamburger Wahlrechtsdemonstration vor Gericht.

Vor dem Schöffengericht VI in Hamburg spielte sich am Montag
ein eigenartiger Vorgang ab, bei dem die staatsanwaltschaftliche
Logik etwas zu kurz kam. Als Angeklagter erschien der Einberufer
der Protestversammlung in Hamburg-Eimsbüttel, Genosse Bremer,
angeklagt der Uebertretung des § 3 des hamburgischen Vereins-
gesetzes und § 58 der Strafgesetzbuch. Nach der ersten Ver-
stimmung wird mit Geldstrafe bis 150 M. bestraft, wer ohne polizei-
liche Erlaubnis Versammlungen unter freiem Himmel veranstaltet,
und nach § 58 der Strafgesetzbuch kann auf Geldstrafe bis zu
60 M. erkannt werden, wer ohne Genehmigung Anlauf gibt zu
Menschenansammlungen auf den Straßen. 3. hat nun in der
Versammlung vom 17. Januar aufgefordert, nicht nach dem Rath-
hause zu ziehen, und als aus der Mitte der Versammlung der
Aufforderung: „Wir gehen doch!“ und den Worten die Tat folgte,
so hat, nach der Logik der Staatsanwaltschaft, der Angeklagte sich
strafbar gemacht, weil die Versammlung ihn dahin verstanden
hätten, doch vor das Rathaus zu ziehen. Also in der Aufforderung,
etwas zu unterlassen, wird eine indirekte Aufforderung zur
Uebertretung der betr. Bestimmungen erblickt. Wie die beiden
überwachenden Polizeibeamten befanden, hat 3. der Ver-
sammlungsleiter vor, am Schluß gesagt: „Ich fordere Sie auf,
nicht vor das Rathaus zu ziehen, unterlassen Sie das“,
maßdem er vorher erklärt habe, es wäre ganz schön, wenn einmal
die Herren Volkstribunen sich von der Stärke der Protestbewegung
gegen den Wahlrechtsraub überzeugen würden. Die Beamten er-
klärten, sie hätten nicht den Eindruck gemommen, daß der An-
geklagte beabsichtigt habe, die Versammlung nach dem Rathaus zu
dirigieren. Sie hätten mehr auf den Wortlaut als auf den Sinn
der Rede geachtet. Zurufe aus der Mitte: „Wir gehen doch!“ seien
erfolgt.

Trotzdem beantragte der Amtsanwalt, Assessor Dr. Lübes, die
Verstrafung des Angeklagten wegen Uebertretung der Strafgesetzbuch
— Höchststrafe —, dagegen läßt er die Anklage wegen
Uebertretung des Vereinsgesetzes fallen. Der Ankläger bemerkte,
er wolle die Politik beiseite lassen, meinte aber in denselben
Atemzuge, die Sozialdemokratie dürfe man nicht nach ihren
Worten, sondern nach ihrem Wesen beurteilen. „Ich will es nicht gesagt
haben, aber tun Sie es ruhig,“ das sei ungefähr der Gedanken-
gang des Angeklagten gewesen. Für die Ergesse machte er die
Versammlungen nicht verantwortlich.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. F. F. F., ironisierte
das Versprechen des Amtsanwalts, nicht politisch werden zu wollen,
und führte unter Hinweis auf die Befundungen der Polizei-
beamten aus, daß die Anklage in jeder Richtung unhaltbar sei. Es
gäbe doch viele Leute mit formaler Bildung, die ihre Gedanken
nicht in Worte zu Weiden verständen, wovon man sich in Ver-
sammlungen überzeugen könne. Hier handle es sich um einen
Mann aus dem Volke, der in der Erregung über die geplante
Wahlrechtsverschlechterung sich vielleicht ungeschickt ausgedrückt,

aber, wie von den Beamten bekundet, genau das Gegenteil von dem, was die Staatsanwaltschaft herausgefunden. Es geht doch nicht an, die Worte einfach umzudeuten. Der Angeklagte habe sich weder in subjektiver noch objektiver Hinsicht straffällig gemacht.

Nach kurzer Beratung erkannte das Gericht auf Freisprechung des Angeklagten, weil Zweifel an seiner Schuld vorlägen, und nach der Befragung der Polizeibeamten lägen solche vor.

Landrat und Vereinsgesetz.

In Springe, Provinz Hannover, residiert als Nachfolger des im Duell erschossenen Landrats v. Vennigsen der Landrat v. Laer, ein eifriger Sozialistenbekämpfer. Dieser Herr scheint über das Vereinsgesetz und seine Pflichten als Hüter des Gesetzes seine eigenen Ansichten zu haben, wie folgender Vorkfall beweist. Der Konsumverein von Springe meldete am Donnerstag dem Landrat auf Grund des Vereinsgesetzes, daß am Sonntag, den 4. Februar, im Pottischen Saale ein Lichtbildvortrag stattfinden werde, und bat um die Anmeldebefreiung. Am Freitag morgen erhielt der Einberufer vom Gastwirt Pott einen eingetragenen Brief, in dem dieser mitteilte, daß er seine Zusage, für diesen Vortrag den Saal zu überlassen, zurückziehe. Und am Freitag nachmittag kam folgendes landräuliche Schreiben an:

Springe, den 2. Februar 1906.

Die für das Vorführen von Lichtbildern und zu einem Vortrage über die Konsumgenossenschaftsbewegung für den 4. d. M. erbetene Erlaubnis kann nicht erteilt werden, da Ihnen nach mir gewordener Mitteilung der Saal des Herrn Pott für den Tag nicht zur Verfügung steht.

Herrn Wilhelm Steingraube in Springe.

Merkwürdig ist an dem Schreiben zunächst, daß der Landrat von Erlaubnis redet! Er war um eine Erlaubnis gar nicht gefragt und hatte im übrigen auch gar nichts zu erlauben. Seine Pflicht war, sofort eine Befreiung zu erteilen, daß die Versammlung angemeldet ist, und um weiteres hatte er sich gar nicht zu kümmern. Aber wenn sich der Landrat schließlich in einem Irrtum über die gesetzliche Verpflichtung bei Anmeldung einer Versammlung befand, so mußte er sich doch selbst sagen, daß der Grund, den er für das Verweigern der Erlaubnis anführt, gesetzlich niemals zu rechtfertigen sein kann. Hier ist ein Irrtum auf alle Fälle ausgeschlossen. Die Genossen in Springe vermuten nun, daß der Landrat selbst auf irgend eine Weise auf den Wirt eingewirkt habe, und schließen dies aus der chronologischen Aufeinanderfolge der Ereignisse. Der Vortrag hat übrigens doch stattgefunden, wenn auch in einem anderen Lokale.

Weitere Kameruner Skandale.

Die „Frankf. Ztg.“ erhebt neue Anklagen gegen die Kameruner Kolonialverwaltung. Viel Erregung sei in Kamerun darüber entstanden, daß zwei eingeborene Mädchen, die schon mit eingeborenen Männern verlobt gewesen seien und für die bereits die Hälfte des landesüblichen Preises bezahlt war, von hohen Beamten den Eltern „abgekauft“ worden seien!

Ein anderer Fall, der ebenfalls viel Erbitterung hervorgerufen habe, habe in dem folgenden bestanden. Zwei Vertreter großer Handelsfirmen in Kamerun hätten am hellen Tage die Frau eines — mit Namen genannten — Häuptlings überfallen und mit Gewalt unzüchtig berührt. Erst hinzueilende Eingeborene hätten die Frau befreien können. Die schamlos beleidigte Frau habe bei dem kaiserlichen Bezirksamtman Regierungsrat v. Brauchitsch Anzeige erstattet. Sie erhielt darauf einfach vom Bezirksamtman Brauchitsch die Mitteilung, die beiden Handelsvertreter würden bestraft werden. Es ist aber nichts von einer Bestrafung bekannt geworden. Man weiß nur, daß die beiden Herren mit dem Bezirksamtman zusammen ein paar Tage später ein gemächliches Beisammensein hatten.

Feiner wird demselben Bezirksamtman vorgeworfen, daß er durch solche Mitteilungen Veranlassung gegeben habe, daß gegen den in Hamburg weilenden Sohn des King Alwa eine Anklage wegen versuchten Schwindels erhoben worden sei, in Folge deren dieser Sohn King Alwas drei Monate lang unschuldig in Untersuchungshaft habe zubringen müssen!

Endlich soll der genannte Bezirksamtman bei der Abwicklung eines Geschäfts mit King Alwa unkorrekt verfahren sein und sich unstatthafte Uebergriffe haben zuschulden kommen lassen.

Bann endlich wird sich der Reichstag dazu aufraffen, die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission zur Untersuchung all dieser ungeheuerlichen Skandale zu fordern?

Neue Ansichten für Südwestafrika.

Wenn Oberst Deimling vor einigen Wochen im Reichstage die baldige Beendigung des Hottentottenfeldzuges ankündigen zu können glaubte, so versichert die neueste Denkschrift über den südwestafrikanischen Feldzug gerade das Gegenteil! Heißt es doch in der Denkschrift:

... Im äußersten Süden steht Morenga noch mit einem Anfang von mindestens 400 gut bewaffneten Leuten in ungebrochener Kraft in der Gegend von Hartebestmond. Das dort am 24. Oktober gelieferte Gefecht hat ihm keinerlei Abbruch getan. Im Gegenteil ist seine Unternehmungslust eher gewachsen, was er durch mehrfache Ueberfälle und Beutezüge, besonders an der Ciappenstraße Kamandriß—Warmbad, noch in den letzten Tagen zur Genüge bewiesen hat. Unzufriedene Elemente von Diesseits und jenseits der Grenze haben sich ihm angeschlossen und seine Streitkraft erhöht. Landeskundig, bedürfnislos, und unabhängig von rückwärtigen Verbindungen, weiß er sich immer wieder Munition und Proviant zu verschaffen. Morenga ist als ein beachtenswerter Gegner einzuschätzen. Seine Niederwerfung wird aller Wahrscheinlichkeit nach längere Zeit in Anspruch nehmen. ...

Unsere gegen Morenga fechtenden Truppen sind für ihren Nachschub zurzeit allein auf Liederichsdunst angewiesen, denn die Landtappenstraße Windhof—Reetmanshoop—Warmbad erreicht die Länge von 830 Kilometer (Ghidinhnen—Wagdeburg). Rindapest und Mlabrand aber haben den Betrieb mit den landesüblichen Ochsengepannen stark eingeschränkt, und wenn auch die Sperre kürzlich aufgehoben ist, so ist doch zu bedenken, daß ein großer Teil des Viehs der Suche wegen getötet worden ist. Notdürftig wird der Betrieb mit Maultieren aufrecht erhalten und jetzt sollen Dromedare für den Nachschub eingestellt werden. Mit dem Wiederauftreten der Seuchen ist ständig zu rechnen. Tatsächlich lebt die Mehrzahl unserer Truppen fast ausschließlich von der Zufuhr aus der Kapkolonie und ist abhängig von dem Entgegenkommen der dortigen Behörden. Ein Wandel zum Besseren wird zwar eintreten, sobald die Bahn Luderichsbuch—Kubub in Betrieb sein wird. Aber ihre baldige Fortführung bis Reetmanshoop ist für die Beendigung des Kampfes ein unbedingt Erfordernis. Nur dann kann man die Truppe unabhängiger von der Zufuhr und damit beweglicher machen. Dann erst wird sie in der Lage sein, das zu erreichen, was sie in entbehrungsreichen Kämpfen und Quersügen bisher erstrebt hat, die bleibende Niederwerfung des Gegners.

Mästelhaft ist bei alledem, warum man immer neue Truppen nach Südwestafrika schickt. 15.000 Mann sollten doch wirklich 400 Hottentotten, wenn auch nicht unschädlich machen, so doch einermagen in Schach halten können! —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Wahlrechtsbewegung in Galizien.

Wohl noch nie dürfte Galizien eine so hochgehende politische Bewegung gesehen haben wie jetzt. In Lemberg fand dieser Tage am Franz-Joseph-Berg ein gewaltiges ruthenisches Wahlrechtsmeeting statt, an dem mehr als 30.000 Personen teilnahmen. Zehn Sonderzüge brachten die Delegierten, die aus allen Teilen des Landes zusammengeströmt waren, nach Lemberg und zurück. Die Bauern, vielfach in ihrer Nationaltracht, waren schon im Laufe der Nacht eingetroffen. In der Versammlung hatten die einzelnen Gruppen ihren bestimmten Standplatz; unter den zahlreichen Standarten und Emblemen sah man auch rote Fahnen flattern. Die ruthenischen Bauern erklärten in der sehr lebhaften Debatte, die den Reden der Demokraten und Sozialisten folgte, die polnische Schmach als den Feind; die Resolution für das allgemeine gleiche Wahlrecht wurde unter großer Begeisterung angenommen. Im ganzen haben bisher 700 ruthenische Versammlungen stattgefunden; außerdem sind an 800 verboten worden. — Einer so tiefgehenden Volksbewegung gegenüber gibt es kein Zurück mehr; die österreichische Regierung wird ihr Versprechen unbedingt eingelösen haben.

Italien.

Schwere Geburt. Rom, 6. Februar. (B. G.) Sonnino stößt bei der Kabinettsbildung auf große Schwierigkeiten. Die Kabinetsmitglieder wollen nur dann ins Kabinett eintreten, wenn ihnen strenge Durchführung des Gesetzes gegen die religiösen Genossenschaften, sowie die Verstaatlichung und Verweltlichung des gesamten Volksschulunterrichts zugesichert wird. Dies kann aber Sonnino nicht bewilligen, weil er dadurch zahlreiche Freunde verlieren würde.

Dänemark.

Die „teure“ Monarchie!

Kopenhagen, 6. Februar. (B. L. B.) In der heutigen Sitzung des Riksdings brachte Ministerpräsident Christensen außerhalb der Tagesordnung einen Gesetzentwurf ein betreffend die Zivilliste für König Frederik VIII., die Spanage für Kronprinz Christian und das Radelgeld und die Witwenrente für die Kronprinzessin Alexandrine. Es wird vorgeschlagen, die Spanage für den Kronprinzen auf 120.000 Kronen jährlich und das Radelgeld für die Kronprinzessin auf 11.200 Kronen jährlich festzusetzen; im Falle des Todes des Kronprinzen erhält die Witwe außer einer ständesgemäßen Wohnung eine jährliche Witwenrente von 60.000 Kronen. Die Zivilliste des Königs soll unverändert auf eine Million Kronen festgelegt bleiben. Auf die Zivilliste soll das Schloß Christian IX. übertragen werden, sowie das Schloß Charlottenlund.

Amerika.

Ueber den 22. Januar berichtet unser New Yorker Korrespondent nachträglich noch verschiedene Einzelheiten, denen wir folgendes entnehmen:

Als erfreuliches Zeichen ist anzuführen, daß an einer Anzahl von Orten die Mitglieder der „Socialist Party“ und der „Socialist Labor Party“ gemeinsam handelten und zwar nicht nur im Nordwesten, wo dies voranzugreifen war, sondern auch an manchen Plätzen im Osten, so in Buffalo, Elizabeth N. J., New Haven Conn., New Bedford Mass. usw. Dasselbe wird aus Cincinnati O. und Kansas City, Missouri, gemeldet. In New York war der Umzug von der „S. L. P.“ in Gemeinschaft mit einer Anzahl Gewerkschaften und sonstigen Organisationen arrangiert worden, während die „S. L. P.“ zusammen mit den zur „Industrial Workers of the World“ gehörenden Gewerkschaften usw. eine Massenversammlung im „Central-Palace“ abhielten. (Die historische „Cooper Union“-Halle, in der mehrere Jahrzehnte hindurch derartige Versammlungen abgehalten wurden und in der sich die bedeutendsten Vorgänge in der hiesigen Arbeiterbewegung abgespielt haben, steht nicht mehr zur Verfügung, da die Verwalter des Instituts — im Gegensatz zu den Intentionen des Gründers — vor einiger Zeit beschlossen haben, sie „revolutionären“ Elementen nicht mehr zu überlassen. Auch ein „Zeichen der Zeit“!) —

Gewerkschaftliches.

Die Reichs-Sozialpolitik im Schlepptau der Gewerkschaftsbewegung.

Auch die letzte Petition der „kaiserlichen“ Werftarbeiter in Kiel, die, wie berichtet, auf Beschluß der letzten Werftarbeiterversammlung direkt an das Reichsmarineamt gerichtet worden, ist nunmehr von diesem zurückgewiesen worden, wieder mit Verweisung auf den Instanzenweg, der nicht innegehalten worden sei. Gleichzeitig aber wird auf der Westt befamnt, daß der Obervertdirektor vom Reichsmarineamt die Auforderung erhalten habe, festzustellen, ob die Arbeiter bei eventueller Einführung der neunstündigen Arbeitszeit die geteilte oder die ungeteilte Arbeitszeit vorziehen. Bei der Entscheidung für die geteilte Arbeitszeit soll eine zweistündige Mittagspause eingeführt werden. In verschiedenen Abteilungen der Werft ist die Rundfrage bereits vorgenommen worden. Weiter verlautet, daß als Anfangstermin für die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit der 1. April in Aussicht genommen sei.

Damit würde die Hauptforderung der „kaiserlichen“ Werftarbeiter im Sinne der Arbeiter ihre Erledigung finden. Ruhig ist nur, wach kampfhaft Mühe sich die Werftbehörden, bis hinauf zum Reichsmarineamt, geben, doch ja nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, als ob ihre sozialpolitischen Maßnahmen irgendwie dem Drängen der Arbeiterschaft oder gar dem Vorgehen der Gewerkschaften ihre Entstehung verdanken. Offiziell ist darum von den Beschlüssen und Petitionen all der Massenversammlungen keine Notiz genommen worden. Aber indem das Reichsmarineamt solchermaßen dem wichtigsten dieser Beschlüsse Rechnung zu tragen nicht umhin kann, hat es auch dem indifferentesten Werftarbeiter gezeigt, auf welchem Wege allein auch in den „Musterbetrieben“ des Reiches die Arbeiter eine Verbesserung ihrer Lage erzielen können.

Die Werftarbeiter schämen darum mit vollem Rechte und tatsächlich ihre Petitionen nicht höher ein, als ihre vorgelegten Behörden sich den Anschein geben, sie einzuschätzen. Sie wissen, daß ihre entschlossene Haltung und der brillante Stand ihrer Organisationen auf der Werft ihrer Petition, die nicht angenommen wurde, mehr Beachtung verschafft hat, als zehn instanzmäßig erledigte Eingaben ohne solchen Resonanzboden gefunden hätten.

Berlin und Umgegend.

Zentralverband der Konditoren. Bei J. Löwenstein, Ducland-Rochstr., Schulzenhofstr. 23, sind 30 Arbeiterinnen und 15 Arbeiter in den Abwehrstreik eingetreten, weil der Firmeninhaber sich fortgesetzt Durchbrechungen des Streiks und Maßregelungen zuschulden kommen läßt. Zugug, besonders von Pralinenüberseherinnen, Chokoladenarbeitern und Konfiturenpackerinnen ist streng fernzuhalten. Die Lokalverwaltung.

Achtung, Schäftearbeiter! Die Arbeiter der Schäftefabrik von Raabe, Marktgrabenstr. 81, sind wegen Maßregelung eines Kollegen ausständig. Zugug nach genannter Fabrik ist fernzuhalten. Die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands.

Achtung, Tapezierer! Die Differenzen bei der Firma Schmidt, Bernauerstraße 80, sind nicht beigelegt. Die Firma ist daher streng zu meiden. Verband der Tapezierer.

Die „Aufklärung“ des Herrn Grauz in dem Interzenteil des gestrigen „Vorwärts“ veranlaßt uns, nochmals ausdrücklich festzustellen, daß die unter Mitwirkung des Berliner Gewerkschaftsausschusses stattgefundenen Unterhandlungen am 1. Februar ergebnislos verlaufen sind. Alle sonstigen Erklärungen und „Aufklärungen“ können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß Herr Grauz die bescheidenen Forderungen des Verbandes deutscher Gastwirtgehilfen nicht anerkennen wollte. Der Vorstand des Verbandes der Gastwirtgehilfen.

Deutsches Reich.

In der Silberwarenfabrik von Karl Kurz, Hanau-Kesselsiedl, sind Differenzen ausgebrochen. Den Anlaß dazu gab die Verhandlung, welche der Unternehmer und seine Angehörigen den Arbeitern zuteil werden ließen. Die Arbeiter der Silberwarenfabrik schlossen im vorigen Herbst mit den Fabrikanten einen Vertrag dahingehend, daß von den Unternehmern für Lieberstunden an Wochentagen, der Arbeitstag zu zehn Stunden, 25 Proz. und an Sonntagen 50 Proz. vergütet werden sollen und worin außerdem eine gegenseitige anständige Behandlung zugesichert wurde. Herr Kurz sucht dies alles zu umgehen. Aus diesen Gründen erfordern wir die Kollegen, dieses Geschäft bis auf weiteres zu meiden, und zwar solange bis andere Verhältnisse dafest hergestellt sind.

Die Ortsverwaltung Hanau des Metallarbeiter-Verbandes.

Ein Urteil von höchster Bedeutung für die gewerkschaftlichen Kämpfe hat das Oberlandesgericht zu Raumburg gefällt. In Zeitz hatten die organisierten Brauer Differenzen mit dem Brauereibesitzer Dettler. Das angesehene Gewerkschaftskartell Zeitz hatte einer öffentlichen Versammlung die Angelegenheit unterbreitet und die Versammlung beschloß nach langen Verhandlungen den Boykott über jene Brauerei. Da bis dahin das Dettler-Bier in den meisten Lokalen getrunken wurde, in denen die Arbeiter verkehren, wirkte der Boykott, und das umso mehr, als der Kartellvorsitzende Wolf durch Inierate wiederholt Befamnt machte, daß nach dem Beschluß jener Versammlung kein organisierter Arbeiter und dessen Angehörige Dettler-Bier trinken dürfe. Der Brauereibesitzer klagte deshalb gegen den Vorsitzenden des Kartells und verlangte Einstellung der Veröffentlichungen. Vor der Zivilkammer des Landgerichts Raumburg machte der Rechtsanwält Dettlers geltend, daß die Befamntmachungen nach §§ 823 und 826 des B. G. strafbar seien, denn sie führten die grundfäßliche Schädigung Dettlers herbei und versicherten auch gegen die guten Sitten. Auch die Gastwirte würden, wie aus verschiedenen Zuschriften hervorging, schwer geschädigt. Deshalb sei durch eine einstweilige Verfügung dem Beklagten Wolf jede weitere öffentliche Kundgebung gegen Dettler zu unterlagen und jeder Wiederholungsfall zu bestrafen. Es wäre die höchste Zeit, so führte der Justizrat Hagemann weiter aus, daß dem unerhörten Treiben der sozialistischen Gewerkschaftsführer durch Gerichtsbeschluß ein Ziel gesetzt werde. An eine Schadenersatzklage sei nicht zu denken, eine hohe Geldstrafe sei deshalb geboten.

Der Anwalt des Beklagten wies treffend nach, daß § 152 der Gewerbeordnung in seiner Konsequenz dem Arbeiter das Recht gebe, auch solche Erklärungen und Aufforderungen zu erlassen und daß die heutigen Gewerkschaftskartelle die Interessen der Arbeiter vertreten und wahrnehmen. Das Landgericht aber erkannte nach den Ausführungen des klägerischen Anwalts und verhängte eine Geldstrafe von 500 Mark für jeden weiteren Fall einer Veröffentlichung durch den Angeklagten.

Gegen dieses Urteil war beim Oberlandesgericht Raumburg Berufung eingelegt worden. (Der Boykott ist inzwischen aufgehoben worden.) Vor dem Oberlandesgericht wurde der ganze Tatbestand noch einmal aufgerollt, doch kam es bei dem ersten Termin noch nicht zu einer Urteilsfällung, diese bezieht sich der Gerichtshof für einen neuen Termin vor. In diesem ging man noch einmal auf die Sache selbst ein, der Gegneranwalt brachte dabei zur Sprache, daß zwar der Boykott aufgehoben sei, daß aber viele Wirte auf Befragen durch den Kläger erklärt hätten, daß die Arbeiter noch immer kein Dettlerbier trinken wollten. Das Oberlandesgericht verworf denn die Berufung des Angeklagten unter der Begründung, daß in jenen Veröffentlichungen eine Verurteilung enthalten sei und daß sie ferner gegen die §§ 823 und 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches verstießen. Demnach bleibe es bei den 500 M. Geldstrafe für jeden weiteren Fall einer öffentlichen Befamntgabe des Angeklagten gegen Dettler.

Das Oberlandesgericht Raumburg ist schon bekannt durch seine Urteile gegen die Arbeiterorganisationen. Es war auch seinerzeit das erste, das für unsere Parteipresse die Notiz „Zugug ist fernzuhalten“ unter Strafe stellte. Das ist später wieder fallen gelassen, und so wird es auch wohl dahin kommen, daß auch obiges Urteil einmal seine Bedeutung verliert, denn die Arbeiterschaft wird sich auch damit abzufinden wissen.

Ausland.

Kein Lohnkampf im Buchdruckgewerbe in Kopenhagen?

Am 14. Januar hatten, wie wir damals berichteten, die Arbeiter und Arbeiterinnen des Buchdruckgewerbes in Kopenhagen die Vorschläge zu einem neuen Tarifvertrag abgelehnt und es schien, als würde es zu einem allgemeinen Lohnkampf kommen. Inzwischen haben neue Verhandlungen stattgefunden, die endlich in der letzten Sitzung, die vom Samstag nachmittag bis Sonntagmorgen 5 Uhr währte, zu einem von den Vertretern beider Parteien ausgeheinem Resultat führten. Große Verbesserungen gegenüber dem abgelehnten Tarifentwurf sind dabei freilich nicht erzielt worden. Die Prinzipale waren nicht zu bewegen, einer kürzeren Stützzeitdauer als der achtstündigen zuzustimmen, haben aber dafür noch eine weitere Erhöhung der Arbeitslöhne für Zeitungswie für Werksag zugestanden. Auch hinsichtlich der Arbeitszeit haben sie keine weiteren Zugeständnisse gemacht. Die tägliche Arbeitszeit wird demnach sofort um eine halbe Stunde und nach Verlauf von vier Jahren wiederum um eine halbe Stunde verkürzt, so daß dann der achtstündentag für die Buchdrucker Kopenhagens durchgeführt ist.

Ein amerikanischer Bergarbeiterstreik in Sicht.

Pittsburg, 5. Februar. Die Hoffnung auf eine friedliche Beilegung der Streitigkeiten zwischen den Kohlenbergleuten und den Bergwerksbesitzern ist jetzt auf allen Seiten aufgegeben worden. Beide Parteien rüsten sich auf einen Streik, der der größte werden würde, den Amerika jemals erlebt hat. Der vierte Teil der Bergwerke des ganzen Landes steht alles für den Kampf instand. Ihr Streikreservelapital beträgt gegen 3 Millionen Dollars. Die Bergwerksbesitzer tun ihr Möglichstes, um sich Kohlenvorräte für die nächste Zukunft zu sichern. Falls ihnen das nicht gelingt, wird die ganze Industrie des Landes lahmgelegt. Alle Gruben werden durch den Streik in Mitleidenschaft gezogen.

Der Pariser „Clair“ wird aus New York gemeldet:

Die Vertreter der Arbeiter haben beschloffen, am 1. April in den Ausstand zu treten, falls bis dahin die geforderte Lohnerhöhung nicht durchgeführt ist. Die Zahl der Ausständigen wird 350.000 Mann betragen. Man befürchtet, daß auch Arbeiter anderer Industriezweige sich dem Streik anschließen werden. Die Behörden Pennsylvaniens treffen bereits umfassende Vorsichtsmaßnahmen, um dem Ausstand nicht unvorbereitet gegenüberzutreten.

Ein Volks-Protest.

Und wieder war das arbeitende Volk von Berlin gestern unterwegs, einen gewaltigen Massenprotest zu veranstalten. Demonstrierte man am denkwürdigen 21. Januar für eine Erweiterung der politischen Rechte im Staate, so galt es gestern, sich dagegen zu verwehren, daß eine parlamentarische Mehrheit im Reiche dem Volke Lasten auferlege, die es nicht nur zu schwer ist zu tragen, sondern die es außerdem auf sich nehmen soll im Interesse einer kleinen besitzenden Minderheit der Nation.

25 große Versammlungen in Berlin und den Vororten waren es, in denen dagegen Verwahrung eingelegt wurde. War der Eindruck dieser Versammlungen auch nicht ein so in die Erscheinung tretender, wie der am „roten Sonntag“, so war die Kundgebung doch machtvoll und eindringlich genug, um in jedem wirklich parlamentarisch regierten Lande die Annahme der volksbelastenden Steuerpläne unmöglich zu machen.

Die Referenten kritisierten überall die ins Uferlose führende Welt- und Kolonialpolitik des Reiches und geißelten namentlich die vorgelegten Steuerprojekte, die nicht nur schwache Schultern schwer zu belasten geeignet sind, sondern ganze Industrien vernichten und Tausende fleißiger Arbeiter dem Elend ausliefern müssen. Die scharfe, aber gerechtfertigte Kritik des Referenten fand überall lebhafteste Zustimmung und einstimmig wurde in allen Versammlungen die nachstehende Resolution angenommen:

Die Versammlung verurteilt auf das entschiedenste eine Zollpolitik, die nach dem Ausspruch des Reichskanzlers vom 1. Februar 1906 im Reichstage darauf gerichtet ist, die industrielle Entwicklung Deutschlands zu hemmen.

Dieser Zweck soll besonders durch die am 1. März dieses Jahres in Kraft tretenden Handelsverträge auf Kosten der Industrie und des Handels und insbesondere der in Industrie, Handel und Verkehr beschäftigten Arbeiter erreicht werden, eine Zollpolitik, die zugleich eine weitere Bereicherung der Großindustriellen, der Junker und Agrarier bedeutet.

Die hierdurch herbeigeführte abermalige Verteuerung der notwendigen Lebensmittel tritt zudem in einem Augenblick ein, in welchem voraussichtlich auch größere Arbeitslosigkeit entsteht als Folge der durch die neue Zollpolitik erschwerten Ausfuhr von Industrieerzeugnissen.

Verstärkt werden diese verderblichen Wirkungen noch, wenn die Steuerentwürfe, die gegenwärtig dem Reichstage vorliegen, Gesetz werden. Denn mit Ausnahme der Erbschaftsteuerentwürfe gehen dieselben wiederum darauf hinaus, blühende Industriezweige, wie die Brauerei- und Tabakindustrie, aufs schwerste zu schädigen und viele Tausende von Arbeitern in denselben brotlos zu machen oder wie die Fahrkarten- und Duitungssteuerentwürfe eine Erschwerung und Verteuerung des Verkehrs herbeizuführen, die in erster Linie wieder die unbemittelten Klassen treffen.

Die Versammelten protestieren gegen eine solche Politik schwerster Schädigung und Demütigung der arbeitenden Klassen und verlangen nachdrücklich, daß, wenn das Reich neue Einnahmen für seine Welt- und Kolonialpolitik braucht, sie die besitzenden Klassen aufbringen müssen, welche eine solche Politik als in ihrem Klasseninteresse liegend, unterstützen. Diese Einnahmen müssen durch die Einführung einer Reichseinkommen- und Vermögenssteuer neben der Reichs-Erbschaftsteuer aufgebracht werden.

1. Wahlkreis.

Die Armiahallen waren gut besucht. Etwa 500 Personen waren anwesend. Reichstagsabgeordneter Frähdorf referierte, häufig von tosendem Beifall unterbrochen. In der Diskussion sprach der Tabakarbeiter Genosse Rosenthal in zustimmendem Sinne. Ein Herr M... versuchte mit unklaren Worten die Notwendigkeit der indirekten Steuern nachzuweisen. Frähdorf antwortet dem betreffenden Diskussionsredner im Schlusswort. Dann wurde vom Vorsitzenden die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

In den Sprechhallen referierte der Genosse Reichstagsabgeordneter Heberich. Seine Ausführungen riefen eine rege Diskussion hervor. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

2. Wahlkreis.

In der Versammlung im Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53, referierte Reichstagsabgeordneter Fröh Jubeil. Anwesend waren zirka 1000 Personen. Das 1 1/2 stündige Referat wurde mit großem Beifall entgegengenommen. Die vorliegende Resolution fand einstimmige Annahme.

Die bei Zählke in der Dennowitzstraße tagende, von 500 Personen besuchte Protestversammlung nahm, nachdem der Referent Genosse Robert Schmidt den Zolltarif und die dem Reichstage vorgelegten Steuerpläne eingehend beleuchtet hatte, die Resolution gegen 1 Stimme an. In der Diskussion nahm ein Herr Wolf, Vertreter der Mittelstands- und Arbeiterpartei Schlesiens, das Wort, der sich für eine Zugabe zur Sprache. Mit einem Hinweis des Vorsitzenden auf die Arbeiterpresse und die Wahlvereine ging die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie auseinander.

3. Wahlkreis.

Im Gewerkschaftshaus referierte vor zirka 800 Anwesenden Reichstagsabgeordneter Südekum. In vorzüglichen Ausführungen geißelte der Referent den Versuch der Regierung, den arbeitenden Klassen immer neue Steuerlasten aufzubürden. Nach einstimmiger Annahme der Resolution forderte der Vorsitzende noch zu intensiver Agitation für Partei, Gewerkschaft und Presse auf.

4. Wahlkreis.

Im Konzerthaus Sanssouci sprach in einem zweistündigen, oft vom lebhaften Beifall unterbrochenen Referat, Dr. Karl Liebknecht, und beleuchtete das ganze Steuerbouquet der Regierung. Reicher Beifall lohnte am Schluß unserm Genossen. Als erster Diskussionsredner sprach Genosse Tabakarbeiter B... über die traurigen Verhältnisse gerade in der Tabakarbeiterbranche und forderte die Anwesenden auf, die Zeitungen vom Schlag „Lokal-Anzeiger“ und „Morgenpost“ aus dem Hause zu werfen und nur die Arbeiterpresse zu lesen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Genosse Reichelt forderte noch auf, recht zahlreich aus der Landeskirche auszutreten.

In überfüllter Versammlung im Lokale von Graumann referierte der Reichstagsabgeordnete Kühn aus Langenbielau. Der Referent zerstückte in 1 1/2 stündiger Rede das Steuerbouquet des Reichschahssekretärs Herrn v. Stengel, oftmals durch allgemeine Zustimmung unterbrochen. Reicher Beifall lohnte dem Redner für seine Ausführungen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. In der Diskussion sprachen einige Tabakarbeiter gegen die Tabaksteuerentwürfe im Reichstage.

Die Versammlung bei K... war von 3000 Personen besucht. Schon um 8 1/2 Uhr erfolgte die Absperrung. Referent war Genosse Theodor Locke. Vor der Versammlung wurde verboten, das Flugblatt der freireligiösen Gemeinde und das Gebot von A. Hoffmann zu verbreiten. Zwei Genossen wurden deshalb verhaftet; einer im Saal festgehalten. Der im Saal festgestellte verteilte die Flugblätter der freireligiösen Gemeinde. In der Debatte sprach u. a. Genosse Schmidt, Tabakarbeiter. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Im Lokal von Doeker in der Weberstraße sprach Genosse Gradnauer vor gut besuchter Versammlung und unterzog die heutige Regierungspolitik einer herben Kritik. In vortrefflicher Weise zerstückte der Referent das vorgelegte Steuerbouquet und erzielte dafür lebhaften Beifall. Zum Schluß ermahnte der Redner die Anwesenden, auszuhalten im Kampfe gegen die Reaktion, damit er siegreich zu Ende geführt werden kann.

Vor einer Kopf an Kopf gedrängten Menge sprach in Liffins Salon, Memelstr. 67, Reichstagsabgeordneter Reuss. Die oft von Beifall unterbrochenen Ausführungen des Redners fanden lebhaften Beifall bei den Versammelten. Die vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen. Nach einem kurzen und kräftigen Hinweis des Vorsitzenden auf die Organisation und die Arbeiterpresse schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung.

5. Wahlkreis.

Im Schützenhaus referierte Gen. Reichstagsabgeordneter Schmalfeldt vor überfüllter Versammlung. In beinahe 1 1/2 stündigem Vortrag zerstückte der Redner an der Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials die einzelnen Blätter und Blöcke des Steuerentwurfs, oft unterbrochen von braulendem Beifall der Anwesenden. In der Diskussion sprachen Butz, Schmidt und Hensel. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Reicher Beifall forderte die Anwesenden auf, den Worten des Referenten und der Diskussionsredner Folge zu leisten und Mann für Mann in die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen einzutreten. Mit einem braulenden Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

6. Wahlkreis.

Die Berlinasäle in der Schönhauser Allee versiefen schon um 8 Uhr der polizeilichen Absperrung. Der Referent, Genosse Liffisch, Dresden, forderte zum energischen Kampf gegen das indirekte Steuersystem auf, um eine Wiederholung von derartigen Steuerentwürfen unmöglich zu machen. In der Diskussion suchte Genosse Thomas die Ausführungen des Referenten durch Propagierung der Konsumgenossenschaft zu ergänzen, während Genosse K... Tabakarbeiter, auf den drohenden Ruin der Tabakindustrie hinwies. Die Versammlung wird geschlossen mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie.

Bei Bernau, Schwedterstraße, referierte Genosse Lipinsky vor etwa 500 Personen. Der Referent unterzog die Steuerentwürfe in 1 1/2 stündigem Vortrag einer herben Kritik. In der Diskussion sprach Gen. D... speziell über die Tabaksteuer. Gegner waren nicht anwesend.

Bei Hensel, Invalidenstr. 1, wurde schon um 1/9 Uhr abgeperrt. Etwa 600-700 Personen waren anwesend. Referent war Stadtd. Gen. V... Die Resolution fand einstimmige Annahme. Nach eindringlicher Aufforderung des Vorsitzenden traten sich der politischen und gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen sowie unsere Presse noch mehr als bisher zu lesen, erfolgte Schluß.

Im Lokale von Bedekind in der Sadstraße waren etwa 700 Personen, darunter sehr viele weibliche, versammelt, um dem Referat des Genossen Reichstagsabgeordneten Schöpplin in aufmerksamer Weise zu folgen. In seinem 1 1/2 stündigen Ausführungen, oft von stürmischem Beifall unterbrochen, entledigte sich der Redner in ausgedehnter Weise seiner Aufgabe. Die vorgelegte Resolution wurde einstimmig beschlossen. Nach einem Schlusswort des Vorsitzenden, in dem derselbe einen Appell an die Versammelten richtete, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen, auf den „Vorwärts“ zu abonnieren und aus der Landeskirche auszutreten, wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

In der Versammlung im Kösliner Hof referierte Genosse Albrecht vor etwa 1000 Personen. Die Anwesenden folgten seinen Ausführungen mit gespanntem Interesse und spendeten demselben am Ende seines Referates braulenden Beifall. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale völkerbefreiende Sozialdemokratie fand die Versammlung ihr Ende. Die Ruhe und Ordnung war trotz allen Polizeimahregeln eine musterhafte.

Die bei Milbrodt tagende Versammlung war von zirka 700 Personen beiderlei Geschlechts besucht. Der Referent, Genosse Ströbel, schildert eingehend die volksfeindlichen Pläne, die in der Regierung und im Reichstage geschmiebelt werden. Redner schloß mit einem warmen Appell an die Genossen, sich der Organisation anzuschließen, die Arbeiterpresse zu lesen, kurz, in jeder Beziehung als Glieder des Klassenbewußten Proletariats ihre Schuldigkeit zu tun. (Lebhafter Beifall.) Nach einem kräftigen Schlusswort des Genossen A... und nach einstimmiger Annahme der Resolution, wurde die begeisterte Versammlung geschlossen.

Die in Peters Gesellschaftshaus tagende Versammlung schloß sich den Ausführungen des Ref. Gen. S... an. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Der Besuch wurde auf etwa 300 Personen geschätzt.

Im stark gefüllten Swinemünder Gesellschaftshaus referierte Genosse Kiesel. Im Sinne des Referenten sprachen die Genossen Hübener und Franke. Genosse Alfred Schulze wies besonders auf die Organisation der jugendlichen Arbeiter hin und ermahnte die Genossen, ihre Radikommen zu tatkräftigen, geschulten Parteigenossen zu machen. Genossin Ratke ermahnte zum Anschluß an die Frauennorganisation. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Rixdorf. Die Versammlung in Soppes Restsälen war überaus zahlreich besucht. Genosse Pollenbühr beleuchtete in treffenden Ausführungen die neuen Steuerentwürfe. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Gegner meldeten sich trotz Aufforderung nicht zum Wort.

Charlottenburg. Der große Saal des Volkshauses und die Galerie waren dicht gefüllt. Der Reichstagsabgeordnete Genosse Ledebour entwarf in mehr als zweistündigem Vortrage ein großzügiges Bild der Steuer- und Zollgesetzgebung im Reiche, das die Politik der leitenden Kreise der herrschenden Klassen in ihrer höchsten Radikalität zeigte. Nachdem der Redner unter begeisterten Beifall geschlossen, wurde die schon oben mitgeteilte Resolution einstimmig angenommen.

In Schöneberg war der Obfische Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. In anderthalbstündigen Ausführungen ging der Referent, Reichstagsabgeordneter Stadthagen, auf die Steuerpläne der herrschenden Klassen ein und übte eine scharfe Kritik an dem Vorgehen der Regierung, der arbeitenden Klasse in noch höherem Maße die Kosten der Weltpolitik aufzubürden. In der Diskussion richtete der Vorsitzende der Versammlung noch einen Appell an die Anwesenden, zum Eintritt in die Organisation. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Ober-Schöneberg. Die hier tagende Protestversammlung war von ungefähr 1000 Personen besucht. Das Referat hielt Genosse Ebert, welches mit großem Beifall aufgenommen wurde. Zum Schluß stimmte die Versammlung in das Hoch auf die internationale völkerbefreiende Sozialdemokratie ein.

Friedrichshagen. Im überfüllten Saale von Giersch referierte Genosse Reichstagsabgeordneter Grenz-Loipzig. Derselbe schildert, häufig durch stürmischem Beifall unterbrochen, wie, nachdem das französische Geld nach dem Kriege schnell verbraucht war, die Bismarcksche Steuerpolitik einsetzte; wie nach, daß durch immer größere Forderungen für Heer, Marine und Kolonien für Kulturzwecke nicht nur nichts übrig bleibt, sondern durch indirekte Steuern das Volk auf der einen Seite geschröpft, auf der anderen brotlos gemacht wird. Nur durch Anschluß an die Organisation ist es möglich, den drohenden Ansturm auf die Lebenshaltung des erwerbstätigen Volkes abzuwehren. Gegner

meldeten sich trotz Aufforderung nicht zum Wort. Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Pankow. Im „Gesellschaftshaus“ waren über 400 Männer und Frauen versammelt, denen Genosse Düwelle in einem zweistündigen Vortrage die Geschichte der kapitalistischen Entwicklung und der deutschen Zollgesetzgebung in wirkungsvoller Weise vor Augen führte. In der Diskussion beteiligten sich Henschel (Tabakarbeiter), der namentlich die durch die neue Tabaksteuerentwürfe drohenden Schäden hervorhob, sowie Kronfeld, Koch und Toller. Genosse Meißner brachte einen Aufruf zum Austritt aus der Landeskirche zur Kenntnis der Versammlung. Die vom Vorsitzenden verlesene Resolution wurde einstimmig angenommen.

Versammlungen.

Eine Protestversammlung gegen die Tabaksteuerentwürfe hielten die Graveure und Ziseleure Berlins am 1. Februar ab. Ein großer Teil der Berufscollegen ist mit Ausstattungen in der Tabakindustrie beschäftigt. In seinem Referat über „Die neue Finanzreform des deutschen Reiches“ konnte der Reichstagsabgeordnete Albrecht an der Hand eines guten Zahlenmaterials in feindseliger und packender Weise den Nachweis führen, daß die Arbeiter in doppelter Weise, nämlich als Produzenten wie auch als Konsumenten, bei Verwirklichung der neuen Steuerpläne darunter leiden würden, und deshalb das größte Interesse haben, gegen eine Politik aufzutreten, die fortgesetzte Steuererhöhungen nötig macht. Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine kurze Diskussion, und erklärte sich zum Schluß die Versammlung einstimmig in einer Resolution gegen die geplante Erhöhung oder Neueinführung von indirekten Steuern; sie fordert vom Reichstage die Ablehnung der hierzu vorliegenden Gesetzesentwürfe, da durch Einführung direkter Steuern auf Einkommen und Vermögen ausgleichende Gerechtigkeit geschaffen und so die Mehrausgaben gedeckt werden könnten.

Die Branche der Möbelpolierer (Sektion des Holzarbeiterverbandes) hielt am 28. Januar eine auch von Frauen gutbesuchte Versammlung ab, in der Genosse P. Göhre einen mit großem Beifall begrühten Vortrag über „Erziehungsfragen“ hielt. — Hierauf erfolgte die Wahl der Brancheneitung, und zwar wurden gewählt zum 1. Branchensekretär Oscar Dumke, zum Stellvertreter A. Schreiber und zum Schriftführer F. Stöckel. Als Bezirksobleute wurden gewählt für den Osten P. Wolffsch, für den Südosten A. Schreiber und für den Norden R. Kuh. Als Delegierte zur Konferenz in Frankfurt a. O. sollen der Generalversammlung die Kollegen O. Dumke, A. Schreiber und R. Weber vorgeschlagen werden.

Die Steinarbeiter (Berlin I) hielten am Donnerstag in den Armiahallen eine Versammlung ab. Der Verbandstag, der im April in Nürnberg stattfindet, bildete das Hauptthema des Abends. Die Tagesordnung des Verbandstages wurde besprochen. Beim Punkt „Presse“ wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Verbreitung des Verbandsorgans „Der Steinarbeiter“, der obligatorisch eingeführt sei, zu teuer komme. Unter „Kassenbericht“ wurde scharf kritisiert, daß der Verband die Beiträge zu den Unterstützungseinrichtungen für seine Angestellten zahle. Folgender Antrag für den Verbandstag wurde angenommen: „Der Beitrag zu der Unterstützungseinrichtung der Angestellten von Organisationen (Verein Arbeiterpresse) im Betrage von 6 M. a Person für die Angestellten des Verbandes der Steinarbeiter Deutschlands ist nicht mehr aus Verbandsmitteln zu bestreiten.“ — Ferner wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Delegierten sich gegen zu hohe Gehälter für die Beamten wenden werden. — Zu „Organisation und Unterstützungseinrichtungen“ lagen folgende Anträge vor: 1. „Die Filialen des Verbandes der Steinarbeiter Deutschlands sind in den einzelnen Orten zu einer Verwaltungsstelle zusammenzufügen.“ 2. „Die Reiseunterstützung ist an allen Orten nach fest normierten Sätzen auszuführen, aber nicht unter 50 Pf. pro Tag.“ 3. „Die Reisekosten sind von den Zahlstellen vorzustellen.“ 4. „Im ersten Jahre der Zugehörigkeit zur Organisation sind Mitgliederarten auszugeben, später Mitgliedsbücher.“ Diese Anträge wurden angenommen und sind dem Verbandstage zu unterbreiten. Mit den Vorlagen des Zentralvorstandes über Kranken-, Arbeitslosen- und Erwerbslosenunterstützung erklärt sich die Versammlung nicht einverstanden und wünscht, daß das Anerbieten des Kollegen Hirtmann angenommen wird, auf Grund der letzten Vierteljahrabrechnungen des Verbandes statistische Unterlagen für ein Unterstützungssystem auszuarbeiten. Als Kandidaten für die noch zu wählenden zwei Delegierten wurden Walter, Hauske und Hirtmann vorgeschlagen. Der Versammlung wurde dann bekannt gegeben, daß die Fehler in dem Rechenjahrsbericht vom letzten Jahre, welcher der vorhergehenden Versammlung vorlag, korrigiert seien und der Bericht in Ordnung befunden wurde.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Hamburger Partei gegen die Volksauswucherung.
Hamburg, 6. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) 17 überfüllte Volksversammlungen, die heute abend im Hamburger Staatsgebiet stattfanden, protestierten gegen die neuen Steuerpläne der Regierung.

Alle nahmen einstimmig nachfolgende Resolution an:
Die heute, am Dienstag, den 6. Februar 1906, tagende Volksversammlung erklärt sich gegen alle Steuerprojekte, durch welche die Konsumartikel des Volkes verteuert, das wirtschaftliche Leben und der Verkehr belastet und belästigt werden, insbesondere auch gegen die geplante Erhöhung der Reichssteuern auf Bier und Tabak, gegen die Frachstempel, die Duitungs- und die Fahrkartensteuer. Sie richtet an den Reichstag das Ersuchen, alle diese Steuerprojekte abzulehnen, zumal der Ertrag dieser Steuern hauptsächlich der uferlosen Flottenvermehrung und ähnlichen Zwecken dienen soll. Gleichzeitig fordert die Versammlung, daß an die Stelle der indirekten Steuern, welche das Volk besonders schwer belasten, eine progressive Reichseinkommen-, Reichserbschafts- und Vermögenssteuer treten soll.

Wahnsinniges Urteil.

Riew, 6. Februar. (W. S.) Das Kriegsgericht verurteilte den 18-jährigen Saslawsky, welcher einen Polizisten bedroht hatte, zum Tode durch den Strang.

Verboten.

Frankfurt a. M., 6. Februar. (W. S.) Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus Göttingen: Der Passier Agel Roman, der seit Jahren den russischen Kaiser behandelt, ist aus Jaroslaw Selo hier eingetroffen, um für die Unterbringung seiner Familie hier Vorkehrungen zu treffen, da er für Rußland schlimme Zeiten, insbesondere Hungernoterwartet. Er deutet an, die Regierung werde vor allem die Reichsduma ersuchen, ihr bei der Aufnahme einer Zwangsleihe bei den russischen Käufern behilflich zu sein.

Mariner als Streikbrecher.

Triest, 6. Februar. (W. S.) Die Zahl der streikenden Seiger und Matrosen beträgt etwa 1500. Zwei weitere Lloyd-Dampfer sind mit Seigern der Kriegsmarine abgegangen.

Reichstag.

30. Sitzung vom Dienstag, den 6. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Pofadowsky.

Erster Punkt der Tagesordnung ist die Interpellation Kibrecht (Soz.) und Genossen: „Zu dem Herrn Reichsanwalt bekannt, daß am 10. Juli 1905 auf der Kohlenzeche „Vorussia“ bei Dortmund infolge eines Schachtbrandes 39 Arbeiter getötet worden sind?“

Ist dem Herrn Reichsanwalt bekannt, weshalb die Ursachen des furchtbaren Unglücks noch immer nicht amtlich bekannt gemacht und die schuldigen Personen zur Verantwortung gezogen worden sind?“

Ist dem Herrn Reichsanwalt bekannt, daß die „Vorussia“-Katastrophe durch Außerachtlassung der alternativen Arbeiter-schutzbestimmungen herbeigeführt wurde und was gebietet der Herr Reichsanwalt zu tun, damit ähnlichen Grubenunglücken vorgebeugt wird?“

Staatssekretär Graf Pofadowsky erklärt auf Befragen des Präsidenten, ob und warum der Reichsanwalt die Interpellation zu beantworten gedenke: Der Herr Reichsanwalt lehnt die Verantwortung der Interpellation ab, weil es sich um eine spezifisch preussische Vergabangelegenheit handelt.

Abg. Singer (Soz.): Trotzdem die Regierung die Verantwortung ablehnt, beantragen wir die Besprechung der Interpellation.

Präsident Graf Ballestrem: Dieser Antrag bedarf geschäftsordnungsgemäß der Unterstützung von 50 Mitgliedern.

Für die Besprechung stimmen die Sozialdemokraten, beide freisinnige Parteien, das Zentrum und die Antisemiten. Bei der schwachen Befragung des Hauses kommen aber nicht 50 Stimmen zusammen. Die Besprechung ist also abgelehnt.

Kannmehr wird die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt.

Abg. Graf Kanitz (L.): Ich möchte einmal an den Grafen Pofadowsky die Frage richten, was er in seinem Berliner Haushalt für Versicherungsbeiträge auszugeben hat. Es wird eine Vogeltaxe sein gegenüber den Ausgaben, die die Versicherung auch nur einem ländlichen Betriebe bereitet. Auch die Industrie klagt nicht ohne Recht über die Belastung durch die sozialpolitische Gesetzgebung; sie ist aber insofern in günstiger Lage, als sie die Lasten auf die Konsumenten abwälzen kann. Wenigstens gilt das von den in Teutis und Syndikaten organisierten Industrien, wie der Kohlenindustrie. Graf Pofadowsky beantwortet die Frage, wie trotz der großen Arbeiterfürsorge drei Millionen sozialdemokratischer Stimmen in Deutschland abgegeben werden konnten, mit der Zunahme der Materialisierung und der mangelnden Opferwilligkeit der besitzenden Klassen. Ich glaube, diese Antwort ist falsch. Schon Abg. Graf Stolberg hat sie widerlegt; ich möchte noch hinzufügen, daß die Landwirtschaft in ihrer bedrängten Lage gar nicht in der Lage ist, den Materialismus zu fördern. (Lachen links.) Die Ansprüche der Arbeiter sind immer größer geworden. Je weiter die Sozialpolitik das Los der Arbeiter verbessert, desto stärker wird die sozialdemokratische Stimmung unter den Arbeitern. In der Stadt Köln, die durch den so arbeiterfreundlichen Abg. Reimborn vertreten wird, haben die sozialdemokratischen Stimmen stets zugenommen. Die sozialpolitischen Gesetze haben geradezu demokratisierend auf die Arbeiter gewirkt. Die Arbeiter wollen einfach eine Rente vom Staate. (Große Heiterkeit links.) Sieht man sich die ungeheure Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen in den Industrie- und Handelszentren an, so kommt man zur Überzeugung, daß unsere verkehrte Zoll- und Handelspolitik, die die Industrie zugunsten der Landwirtschaft begünstigt (Lachen links), an der Zunahme der Sozialdemokratie schuld ist. Das Land kann die neue Witwen- und Waiserversorgung, für die 200-250 Millionen Mark gefordert werden müssen, unmöglich tragen, wenn nicht andere Lasten herabgesetzt werden. In Frankreich gibt es keine Klebmarken, keine Versicherungsspalde usw. Wir sollten uns die französischen Einrichtungen zum Muster nehmen. (Große Heiterkeit links.) Aus der Heimarbeiterausstellung muß jeder den Eindruck gewonnen haben, daß die Löhne vielfach ganz miserabel sind. Wie läßt sich das aber ändern? Wichtigster als die Krankenversicherung der Heimarbeiter scheint mir, daß der massenhaften Einwanderung lediger Frauenpersonen nach den Großstädten Einhalt geboten wird. Wenn aus einer kleinen Stadt wie Reichenburg in einem Jahre 40 solche Frauenpersonen nach Berlin gezogen sind, kann man sich nicht wundern, wenn die Arbeitslöhne so herabgedrückt werden. Für mich ist die Hauptfrage die Vereinachung der Versicherungs-gesetzgebung. Fort mit der Heberei! Beschließt dies, dann wird sich alles andere finden. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Bohnke (fr. Bg.): Wir haben allen Anlaß, dafür zu sorgen, daß die nichtsozialdemokratischen Arbeiter gefahrt werden. Der Standpunkt des Zentralverbandes deutscher Industrieller gegenüber den Tarifverträgen ist unbillig. Gerade im Interesse der Förderung von Tarifverträgen legen wir der Anerkennung der Berufsvereine so großen Wert bei, und wir begrüßen im Gegensatz zum Verband der Industriellen die Haltung der bayerischen Regierung, welche die Gewerbeinspektoren darauf hingewiesen hat, möglichst für das Zustandekommen von Tarifverträgen einzutreten. Der Berufsverein muß seine Bewegungsfreiheit behalten, sonst ist seine Rechtsfähigkeit zu teuer erkauft. Aber die Bewegungsfreiheit, das Koalitionsrecht, u. s. w. sogar weiter ausgebaut werden. Die Streiks sind sehr bedauerlich, aber nicht immer entöhrlich. Die Arbeiter müssen sich überzeugen, daß der Erfolg eines Streiks sehr wesentlich von der öffentlichen Meinung abhängt, und sie sollten sich die Kunst dieser öffentlichen Meinung nicht durch unbedachte Worte verschmerzen. Auf keinen Fall dürfte der Staat in solche Streiks irgendwie eingreifen. (Beifall links.)

Die Frage der Arbeitskammern scheint mir heute noch nicht sprechreif zu sein. Dagegen ist der Zehntugendtag für Frauen schon jetzt sprechreif. Wir werden wohl auch einmal zum allgemeinen Maximalarbeitsstag auch für Männer kommen. Notwendig ist eine Reform des Krankentafelwesens. Die Beiträge werden nicht zu 1/2 und 2/3, sondern zu 1/3 und 1/3 verteilt werden müssen. Damit muß eine paritätische Gesetzgebung der Vorstandsmitglieder in den Klassen Hand in Hand gehen, auch wenn das den Sozialdemokraten nicht gefallen sollte. Die Sozialdemokraten wollen doch selbst in den Arbeitskammern die paritätische Gesetzgebung, also können sie doch auch die paritätische Gesetzgebung des Vorstandes nicht als Eingriff in die Selbstverwaltung betrachten.

Noch ein Wort zu den Reden der Abgeordneten Fischer und Stücken. Sie waren mit der deutschen Sozialpolitik beinahe so unzufrieden wie der Graf Kanitz. Auch wir Freisinnigen haben die soziale Fürsorge ursprünglich auf andere Grundlage stellen wollen; aber jetzt stellen wir uns auf den Boden der gegebenen Tatsachen. Und da darf man nicht übersehen die 10 Millionen unterstützter deutscher Arbeiter und die Krankenversicherung, die 11 bis 12 Millionen Unterstützter durch die Unfallversicherung und die 13 Millionen Unterstützter durch die Invalidenversicherung, 1 1/2 Milliarden Mark haben die Arbeiter mehr an Renten erhalten, als sie an Beiträgen gezahlt haben. Weder im Reichsamts des Innern noch im Reichstag ist der sozialpolitische Eifer abgeflaut, wohl aber — darin hat die Sozialdemokratie recht — im Lande. Aber schuld daran ist in erster Linie sie selbst, die immer schroffer, immer verlässlicher das einseitige Interesse einer Klasse betont. Diejenigen, welche die Entwicklung der Sozialdemokratie zu einer demokratisch-sozialen Reformpartei voraussetzten, haben sich bitter getäuscht. Das Gegenteil ist eingetreten. Der Revisionismus ist tot, und der Radikalismus hat gefiegt. Auch durch das Gerede über die Streikdemonstrationen und den Massenstreik reizen Sie

die Phantasie der Arbeiter in recht bedenklicher Weise an. Fordert doch selbst der Aufruf des Internationalen Sozialistischen Bureau mit Bedels und Singers Unterschrift auf, am 21. Januar die Sympathie für das russische Proletariat wo möglich überall durch Streikdemonstrationen zu bezeugen. Von dem Massenstreik hat Frau Roland-Polst in glühenden Farben ein prächtiges Bild entworfen: „Es ist eine nationale Erhebung, die die Arbeiterkraft des ganzen Landes erfasst. Überall ist Unruhe. Alle Verbindungen sind unsicher; jede schnelle Kommunikation wird unsicher. Der zentralisierte Staat fällt auseinander, jede Provinz ist auf sich angewiesen.“ Gefühlvoller und zugleich kindlicher hat sich noch nie jemand, der die Widerstandskraft des modernen Staats zu schätzen weiß, über den politischen Massenstreik ausgesprochen. Aber der Frau Roland-Polst scheinen ja solche Schreibernereien blutiger Ernst zu sein. Mit all dem erreichen Sie nur das Gegenteil von dem, was Sie begehren. Sie können den Massenstreik nicht durchhalten; denn wenige Tage genügen, um Ihre Kräfte zu leeren. Wohl aber wird ein allgemeiner Rückschlag in der freiwilligen Entwicklung eintreten, soweit von einer solchen noch in Deutschland die Rede sein kann. Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie bestätigt die alte Erfahrung, daß Druck Gegendruck erzeugt. Eine Wirtschaftspolitik, die nur den Standesinteressen der Großgrundbesitzer dient, eine Steuerpolitik, die ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit die Masse der Verbraucher belastet, eine Handelspolitik, die den Lebensunterhalt der Armen verteuert, eine Kreditpolitik, die in manchen Fällen den Anschein der Klassenjustiz erwecken muß, falsche Erbsengriffe, die die regierenden Schichten zur Ungeheuerlichkeit anreizen, Wahlrechtssysteme, die große Bevölkerungsklassen gänzlich von der Vertretung ausschließen. Die ganze Regierungsweise, die des vollständigen Zuges entbehrt, muß das Referendat der Unzufriedenheit bis zum Ueberlaufen füllen. (Sehr wahr! links.) In Baden können selbst die Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten zusammengehen, in Preußen ist eine solche Wahlpolitik für absehbare Zeit gänzlich ausgeschlossen. Es steht im engsten Zusammenhang mit der Verschiedenheit der Regierungs-politik, daß die sächsisch-preussische Sozialdemokratie eine ganz andere ist als die bairisch-badische. Auch die englische Arbeiterpartei ist weit entfernt von dem deutsch-sozialdemokratischen Gepräge. Beileibt ist die Sozialpolitik, die wir hier betreiben, noch am ehesten geeignet, allmählich auch zu gesunden Parteiverhältnissen in Deutschland zu führen, besonders wenn sie von allen reaktionären Weirer befreit ist. In diesem Sinne werden wir an der Weiterführung der Sozialpolitik mitarbeiten. (Bravo! links.)

Abg. Bruhn (Reformp.): Wir stehen nach wie vor auf dem Boden des allgemeinen Befähigungsnachweises und bedauern es sehr, daß Herr Euler und besonders Herr Pauli in dieser Frage umgefallen sind. — Gegenüber dem sozialdemokratischen Terrorismus ist nach meiner persönlichen Anschauung ohne Ausnahme gesetzlich nicht auszukommen. Herr Stücken meinte, die bürgerliche Gesellschaft habe am 21. Januar große Angst vor der Sozialdemokratie gehabt. Kein, nicht vor Ihnen, sondern vor etwaigen Anwälten beim Einschreiten von Polizei und Militär hat man sich gefürchtet. Sie (zu den Sozialdemokraten) hatten ursprünglich ganz etwas anderes geplant und sind dann Tag für Tag zurückgewichen. Noch ein paar Tage vor dem 21. Januar sprach ich mit einem Sozialdemokraten und fragte ihn: Nun sind Sie schon vorbereitet zum Sonntag? Darauf zog er ein großes Messer aus der Tasche. (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Pofadowsky:

Es ist ein vollständiges Verbot der Bleiverwendung gefordert worden. Wir haben bereits in Bezug auf die Verwendung von Blei, namentlich von bleihaltigen Farben sehr einschneidende Bundesratsverordnungen erlassen, durch ein absolutes Verbot würde aber die ganze Bleigewinnungsindustrie, welche Tausende von Arbeitern beschäftigt, lahm gelegt. Durch die Verordnung ist es zum Beispiel Ralern verboten, beim Gebrauch bleihaltiger Farben zu rauchen. Ich habe aber selbst wiederholt auch nach der Verordnung Maler gesehen, die mit der einen Hand den Pinsel führten und mit der andern Hand gemächlich ihre Pfeife rauchten. Wenn die Folgen der Bleivergiftung bekämpft werden sollen, dann müssen auch die Arbeiter das ihrige tun, um die erlassenen Vorschriften gewissenhaft zu beobachten. Ueber die Sonntagruhe im Mühlen- und Webereigewerbe Verordnungen; wenn diese von den Mühlenbesitzern nicht beachtet werden, so kann man dafür die Reichsregierung nicht verantwortlich machen. Da muß die Polizei an Ort und Stelle für die Durchführung sorgen. Die Sonntagruhe in der Dinnenschiffahrt wird sich regeln lassen, wenn das Material über die Arbeitszeit im Dinnenschiffahrtsgewerbe verarbeitet sein wird. Bezüglich der Wanderarbeit und überhaupt der Beschäftigung von Frauen und jugendlichen Arbeitern in den Ziegeleien sind Verordnungen ergangen. Wir haben aber festgestellt, daß die Wanderarbeit weiblicher Arbeiter überhaupt nicht im vermuteten großen Umfange stattfindet. Im übrigen hängt diese Frage eng mit der Wohnungsfrage zusammen und da sind nur die Einzelregierungen zuständig. Daß eine Verneuerung der Gewerbeinspektoren dringend notwendig ist, erkenne ich an. Uebrigens ist die Nachfrage nach solchen verhältnismäßig gering. Wenn man mit Berufung auf England verlangt, daß auch Verzele zur Gewerbeinspektion herangezogen werden, so gebe ich zu, daß der Chiefinspektor in England ein technisch gebildeter Mann ist, aber seine Organe besitzen im allgemeinen nicht das Maß von Wissen und Bildung, wie unsere deutschen Inspektoren. Daß § 25 des Unfallversicherungsgesetzes gewisse Lücken zeigt, gebe ich zu. Bei der gesamten Revision der sozialpolitischen Gesetze werden wir erwägen, ob dieser Paragraph nicht zum Besten der Krankenversicherung reformiert werden kann, ob nicht dem Wunsche der Krankenkassen Rechnung zu tragen ist, daß sie soll das erstattet bekommen von der Unfallversicherungsgenossenschaft, worauf sie Anspruch zu haben glauben. — Die Rechnungsergebnisse der Berufs-genossenschaften früher erscheinen zu lassen, wird sich schwer ermöglichen lassen. Wenn Sie ein wirkliches Bild von dem Soll und Haben der Berufs-genossenschaft geben sollen, wird immer ein halbes Jahr vergehen, bis sie zusammengestellt und veröffentlicht werden können.

Es ist nicht richtig, daß wir die Vereinheitlichung der sozialpolitischen Gesetzgebung ad calendarum graecas (bis zum St. Nimmerleinstag) verziehen hätten. Es handelt sich dabei um ein so gewaltiges Material, daß das kommende Einheitsgesetz nicht allzu lang ausfallen kann, obgleich wir uns die größte Mühe geben werden, es möglichst kurz und knapp zu fassen. Wir hoffen, daß es gegen Ende des Jahres 1907 im Reichsamts des Innern fertiggestellt sein wird. (Hört! hört! links.) Was die Arbeitskammern anlangt, so wollte das Zentrum ursprünglich ihre Verbindung mit den Gewerbe-gerichten. Es sind dann aber im Laufe der Zeit Bedenken entstanden, ob es angängig ist, eine Interessendvertretung mit einer Rechtsprechungsinflanz zu verbinden. Ich kann nur bemerken, daß im Bundesrat noch keinerlei endgültige Grundsätze in dieser Richtung aufgestellt worden sind, so daß die Frage noch vollkommen offen ist.

Ich habe das neue System der größeren Armentverbände hauptsächlich aus dem Grunde vorgeschlagen, um die schäpffischen Abhängigkeiten zu beseitigen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß heut-zutage an vielen Orten geradezu das System herrscht, das einem Mann, der sich annähernd zwei Jahre schon in dem Orte aufgehalten hat, also nahe daran ist, den Unterstützungswohnort zu erwerben, zur Abwanderung zwingt, indem man dafür sorgt, daß er keine Wohnung bekommt oder keine Arbeit oder dergleichen. (Hört! hört! und Sehr richtig! links.) Dieses System wird in dem bisherigen Rahmen unmöglich werden, wenn größere Armentverbände gebildet werden, die etwa den Umfang der jetzigen preussischen Amtsbezirke haben müßten. Der große Fortschritt unserer Versicherungs-gesetze ist es, an Stelle

der Armenpflege ein Recht der Arbeiter zu setzen, und zwar ein Recht, das sie durch Beteiligung an den Beiträgen selbst erworben haben. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Ich glaube, daß man niemals in Deutschland von diesem System wieder abweichen könne. Uebrigens haben sich ja die konterbaiten Abgeordneten Pauli und Graf Kanitz ausdrücklich für den Ausbau der Versicherungs-gesetzgebung festgelegt. Diejenigen, die unsere sozialpolitische Gesetzgebung angreifen, weil die Arbeiter dafür doch nicht dankbar wären, erkläre ich: Um Dankbarkeit zu erwerben, gibt kein Staat Gesetze. (Sehr richtig! links.) Ferner muß man doch auch fragen, welche Verhältnisse sich entwickelt hätten, wenn seit jenen Zeiten, in denen die laiterliche Wirtschaft kam, trotz des gewaltigen Aufschwungs unserer Industrie nichts für die Arbeiter geschehen wäre. (Sehr richtig! links.) Und ferner: Wenn Deutschland einen so gewaltigen industriellen Aufschwung erlebt hat, wie kein anderes Land der Erde in derselben Zeit, so verdankt es das in erster Linie der Tüchtigkeit seiner Arbeiter. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Diese Tüchtigkeit der Arbeiter müßte aber zweifellos leiden, wenn wir den Arbeitern nicht durch die sozialpolitische Gesetzgebung eine gewisse Höhe der Lebenshaltung und die körperliche Gesundheit nach Möglichkeit garantiert hätten. Wir hat das ein Vertreter der heimischen Industrie kürzlich erst mit sehr berebten Worten auseinandergesetzt.

Es sind in der Presse in der letzten Zeit wieder die heftigsten Angriffe gegen mich erhoben worden, weil ich den Befähigungsnachweis im Baugewerbe versprochen, aber mein Versprechen nicht gehalten hätte. In einem Bericht, dessen Verfasser dem Abg. Bruhn nahesteht, ist meine Rede verstimmt worden, indem gerade diejenigen zwei Sätze, auf die es wesentlich ankommt, merkwürdigerweise weggelassen sind. Der eine dieser Sätze heißt: „Soweit es mit den wirtschaftlichen Zuständen und überhaupt mit unserer ganzen Gesetzgebung verträglich ist“. Der andere Satz ist der Schlusssatz: „In welcher Form das geschehen wird, darüber kann ich mich zurzeit nicht äußern.“ (Hört! hört! links.) Die Art und Weise, wie man in der Presse gegen unsere Beschädigung des Kölner Handwerkerkongresses polemisiert hat, ist ein Anschauungsunterricht dafür, wie man gegen uns zu polemisieren pflegt. Beschiden wir einen Kongreß nicht, so werden wir getadelt, weil wir kein Interesse für die Sache hätten. Beschiden wir ihn, und unser Vertreter ergreift in irgend einer Sache das Wort, so heißt es, wir müßten uns in die Verhandlung einmischen. Ergreift unser Vertreter nicht das Wort, so heißt es, der Regierungsvertreter hätte für die ganzen Verhandlungen nicht das geringste Interesse bewiesen. (Heiterkeit links.) Diese Umstände bestärken mich in der Ansicht, daß die verbündeten Regierungen äußerst vorsichtig in der Beschädigung von Kongressen sein müssen. Alles Wichtige erfährt man ja hinterher doch aus den gedruckten Berichten. (Heiterkeit.) Ein Zentrumredner hat auch eine Enquete über die Lage der mittleren und kleinen Kaufleute verlangt. Eine Enquete in diesem Umfange läßt sich nicht durchführen, weil nur die größten Zwangsmittel einen wirklichen Einblick in die Lage der einzelnen eröffnen können. Wenn man aber sieht, wie in den abgelegenen Straßen junge Leute stets neue Geschäfte gründen, die schon nach drei Monaten ihren Besitzer wechseln, so muß man sich doch fragen, ob hier für die Gründung des Bedürfnis der Konsumenten maßgebend war oder das Bedürfnis der Hausbesitzer, den Parterrestock ihrer neuerbauten Häuser zu laden auszumachen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ueber die christlichen Gewerkschaften soll erklärt worden sein, sie seien noch schlimmer als die sozialdemokratischen. Es scheint also Kreise zu geben, die sich der Hoffnung hingeben, daß trotz unserer großen industriellen Entwicklung der Arbeiterbewegung — ich spreche von dem Streben der Arbeiter, ihre Lebenslage zu verbessern und sich in höherem Maße als bisher an öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen — ganz beseitigt werden könnte oder sollte. Aber wer das glaubt, befindet sich in einem starken Irrtum (Beifall bei den Sozialdemokraten) und stüßt seine Auffassung auf einen nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ ziemlich engen begrenzten Interessenshorizont. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Auffassung, daß die christliche Arbeiterbewegung noch schlimmer als die sozialdemokratische, kann nur von Männern ausgehen, denen jede auch noch so berechtigte Arbeiterforderung unsympathisch ist. (Sehr gut! im Zentrum und links.) Die Stellung mancher Herren gegenüber den Arbeiterforderungen erinnert mich lebhaft an die Stellung mancher Minister im Parlamente. Wenn ein Minister das täglich sieht, wie seine sorgfältig vorbereiteten Gesetzentwürfe kritisiert werden, dann denkt er sich gern in die selbige Zeit der Minister im absoluten Staat zurück, an die großen absoluten Minister, die Richelieu, Mazarin, die Kaunitz und Metternich. Aber die Zeiten sind vorbei, sie kehren nicht wieder, von diesen Gottzeiten lebt nur noch der Schatten. (Heiterkeit.) Gerade so wie die konstitutionellen Minister, wenn ihnen etwas auf die Herzen fällt, sich vom konstitutionalismus fortziehen, sind die Sozialpolitiker, wenn man sie so nennen darf, denen jede Arbeiterbewegung unsympathisch ist. Andererseits hat zweifellos die Sozialdemokratie schuld daran, wenn die Regierung, sozialpolitisch tätig zu sein, im Lande abnimmt. Zweifellos beruht diese Erscheinung darauf, daß die Sozialdemokratie mit der Revolution spielt und nicht objektiv genug ist, das anzuerkennen, was der Staat und die bürgerliche Gesellschaft für die Arbeiter getan haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Auffassung, daß die christliche Arbeiterbewegung noch schlimmer als die sozialdemokratische, kann nur von Männern ausgehen, denen jede auch noch so berechtigte Arbeiterforderung unsympathisch ist. (Sehr gut! im Zentrum und links.) Die Stellung mancher Herren gegenüber den Arbeiterforderungen erinnert mich lebhaft an die Stellung mancher Minister im Parlamente. Wenn ein Minister das täglich sieht, wie seine sorgfältig vorbereiteten Gesetzentwürfe kritisiert werden, dann denkt er sich gern in die selbige Zeit der Minister im absoluten Staat zurück, an die großen absoluten Minister, die Richelieu, Mazarin, die Kaunitz und Metternich. Aber die Zeiten sind vorbei, sie kehren nicht wieder, von diesen Gottzeiten lebt nur noch der Schatten. (Heiterkeit.) Gerade so wie die konstitutionellen Minister, wenn ihnen etwas auf die Herzen fällt, sich vom konstitutionalismus fortziehen, sind die Sozialpolitiker, wenn man sie so nennen darf, denen jede Arbeiterbewegung unsympathisch ist. Andererseits hat zweifellos die Sozialdemokratie schuld daran, wenn die Regierung, sozialpolitisch tätig zu sein, im Lande abnimmt. Zweifellos beruht diese Erscheinung darauf, daß die Sozialdemokratie mit der Revolution spielt und nicht objektiv genug ist, das anzuerkennen, was der Staat und die bürgerliche Gesellschaft für die Arbeiter getan haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Zu den Sozialdemokraten gewandt: Auch in der Politik ist strengste Wahrheitsliebe und strengste Gerechtigkeit die beste Taktik! (Erneuter Beifall.) Der Vertreter der Sozialdemokratie hat hier erklärt, der englischen Arbeiterdeputation seien Potemkinsche Dörfer vorgeführt worden. Aber der Führer der Deputation hatte mit bei seinem ersten Besuch schon einen genauen Plan dessen, was sie prüfen und sehen wollten, vorgelegt. Ich hatte darauf auch nicht die Spur von Einfluß gelbt und war nur überrascht, wie gründlich dieser Plan ausgearbeitet war. Dafür, daß ich an sämtliche Regierungen die Bitte richtete, den englischen Arbeitern die Besichtigung aller Institute zu erleichtern, die sie sehen wollten, haben sie mir dann einen Dankbesuch abgestattet, und ich war erstaunt, welche positiv eingehende Fragen sie stellten, mit welcher offenen Augen sie gesehen und welche nützlichen Urteile sie hatten. Und dieses Urteil klang darin aus, daß sie überrascht waren, was Deutschland für seine Arbeiter auf sozialpolitischen Gebiete getan habe. Wir haben den englischen Arbeitern alle Einrichtungen gezeigt, die sie zu sehen wünschten. Sie aber (zu den Sozialdemokraten) wollen nicht anerkennen, was auf sozialpolitischen Gebieten in Deutschland geleistet worden ist. Und weil Sie sich dazu nicht entschließen können, verstimmen Sie die Regierung, verbittern Sie die bürgerlichen Parteien und — täuschen Sie Ihre Anhänger. (Stürmischer Beifall rechts, im Zentrum und bei den Freisinnigen.)

Abg. Dr. Dahlem (Z.) tritt für die Angestellten in der Dinnenschiffahrt, speziell für bessere Sonntagruhe in diesem Gewerbe ein.

Es ist verschiedentlich über die christlichen Gewerkschaften und ihr Verhältnis zu den anderen gesprochen worden. Ich habe einige Erfahrungen auf diesem Gebiete und gestatte mir einige Bemerkungen allgemeiner Natur über die Gewerkschaftsbewegung. Der Herr Staatssekretär sprach von englischen Arbeitern, die hohe Achtung vor der deutschen Sozialpolitik bezeugt hätten. Nach meiner Erkundigung hat nicht ein einziger der Arbeiter ein Wort deutsch gesagt; (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) sie haben ihre Kenntnisse also nur indirekt schöpfen können. Die englischen Arbeiter, mit denen ich wiederholt auf internationalen Kongressen zusammengelassen bin, haben allerdings einen Zweig der deutschen Sozialpolitik, nämlich die Arbeiterversicherung, wiederholt als besser gegenüber den englischen Zuständen anerkannt. Sie haben aber immer mehr Wert gelegt auf den Arbeiterschutz, und insbesondere im Bergbau ist England in Bezug auf den Arbeiterschutz, obwohl es nicht so sehr spezialisierte Gesetze hat, doch bedeutend weiter als Preußen Deutschland. Wir sind nicht so unobjektiv, wie der Herr Staatssekretär in seiner interessanten Rede meinte. Ich habe wiederholt anerkannt, daß unsere deutsche Versicherungsgegebung gegenüber der ausländischen mancherlei Vorzüge aufweist. Aber nachdem wir das Grundprinzip, das übrigens vor 25 Jahren Nebel vorgezeichnet hat, als richtig anerkannt haben, können wir uns doch nicht abhalten lassen, an der Ausführung und an Einzelheiten der Gesetzgebung Kritik zu üben. Wenn Sie wissen wollen, warum wir nicht in das hohe Lied verschiedener bürgerlicher Sozialpolitiker über unsere Sozialpolitik einstimmen, brauchen Sie nur an die Debatte im preußischen Abgeordnetenhaus zu denken, wo selbst ein Zentrumsmann dafür eingetreten ist, die Renten unter 20 Proz. einfach nicht mehr anzuzahlen. Wo soll das hinführen, wenn ein derartiger unhumaner Grundsatz in die Versicherungsgegebung hineingebracht wird? Es ist durchaus nicht richtig, daß diese Renten bei dem Eintommen der Arbeiter nicht in Betracht kommen. Von uns verlangt man Anerkennung der sozialpolitischen Gesetzgebung. Haben wir aber schon ein einziges Mal gehört, daß die Herren von der äußersten Rechten jemals anerkannt hätten, was für außerordentliche Geschenke ihnen aus den Taschen des deutschen Volkes in Form von Jöllen und anderen Liebesgaben gegeben worden sind? Haben etwa die Herren Agrarier deshalb ein Loblied auf die Regierung angestimmt? Sie können doch nicht verlangen, daß wir bessere Kinder sein sollen als jene Herren. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es ist hingewiesen worden auf den Terrorismus, den die angehenden sozialdemokratischen Gewerkschaften auf Andersgestimmte ausüben. Ich kenne keinen bekannteren Gewerkschaftsfolken, der nicht stets in der energischsten und schärfsten Weise jeden solchen Fall von wirklichem Terrorismus gegen andersgestimmte Arbeiter verurteilt hätte. Solche Leute werden bei uns auf Grund der Statuten ausgeschlossen, weil sie die Ehre und das Ansehen des Verbandes schädigen. Ich erinnere aber an die Fälle von Terrorismus zwischen katholischen Fachvereinen und christlichen Gewerkschaften. Zwischen ihnen ist es sogar zu Bräutigamen gekommen. Aus Mitteilungen von hervorragenden interkonfessionellen Gewerkschaftlern können wir feststellen, daß auf beiden Seiten betont worden ist, die Sozialdemokraten seien viel anständiger in ihrer Agitation als die christlichen und die katholischen Gewerkschaften. Es wird manchen freien Gewerkschaftlern ein großes Verbrechen daraus gemacht, daß sie mit ihren christlichen Kollegen in wirtschaftlichen Fragen nicht zusammengehen wollen. Die katholischen Pfarrer haben aber die interkonfessionellen Gewerkschaften auch nicht anerkannt. Auf dem preußischen Bergarbeiterkongress mußte sogar gegen den Willen der christlichen Gewerkschaftsführer ein Sozialdemokrat für die Zulassung eines Vertreters einer katholischen Parabteilung auftreten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb berührt es mich immer merklich, wenn gegnerische Blätter sich überbieten in der Verleumdung der freien Gewerkschaften und der Erfindung von Schauermärchen. Am wenigsten Ursache haben sicher die Nationalliberalen, über Terrorismus der Arbeiter zu klagen. Ich erinnere an die Profitten der Unternehmerklasse und ihren Terrorismus gegenüber Händlern, Konsumenten und Konkurrenten. Oder soll ich den Herren etwa ein Privatstimmium lesen über die saarabischen Zustände?

Herr Dr. Mugdan hat behauptet, die Krankenkassen und die Gewerkschaften würden von den Sozialdemokraten vergewaltigt. Er mag ruhig sein — die Gewerkschaften lassen sich nicht vergewaltigen, sie sind durchaus selbständig. Ich gebe zu, es gibt in unseren Kreisen verschiedene Meinungen über das Verhältnis von Gewerkschaften und Partei. Ich und, wie der Kölner Gewerkschaftskongress gezeigt hat, eine Reihe anderer Gewerkschaftler sind der Ansicht, daß eine Verquickung der parteipolitischen und der gewerkschaftlichen Organisationen nicht angebracht ist. Es gibt ja auch in anderen Parteien darüber verschiedene Ansichten. Herr Dr. Mugdan trat auch für die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften ein. Die Düsseldorf'sche Richtung dieser Gewerkschaften aber wendet sich in aller Entschiedenheit gegen sein Auftreten und erklärt ohne weiteres die Parabelschonungen der Herren um Eugen Richter für durchaus unmodern.

Dann hat Herr Mugdan behauptet, er hätte nicht von der Münchener Ortskrankenkasse gesprochen. Ich stelle fest, daß Herr Bergmeister Engel behauptet hat, die Münchener Ortskrankenkasse wäre von Sozialdemokraten vergewaltigt und schlecht verwaltet worden. Ferner hat er behauptet, die Gewerkschaften, insbesondere der Bergarbeiterverband, ständen unter dem Einflusse der sozialdemokratischen Partei. Bei der Behauptung, die Ortskrankenkassen im allgemeinen würden von den Sozialdemokraten vergewaltigt, berief sich Herr Bergmeister Engel auf den Zürcher Silow und Herrn Dr. Mugdan. Das Gerücht entschied aber, der Bergmeister Engel habe nicht in der geringsten Weise den Wahrheitsbeweis führen können, sondern leichtfertig unwahre Tatsachen behauptet. Die Behauptung, daß der Bergarbeiterverband unter dem Einflusse der Sozialdemokratie stehe, stellte darauf ein Zentrumredakteur Anklage in Essen auf. Er behauptete, der Bergarbeiterverband wolle gar nicht die Lage der Arbeiter verbessern, sondern nur die Geschäfte der Sozialdemokratie befördern. Darum hege er so gegen das Berggesetz. Es wäre ihm sogar lieb, wenn die alten Mißstände bestehen blieben. Nach stundenlangen Plaidoyers für und wider hat das Gericht entschieden, daß der Zentrumredakteur in keiner Weise vermocht habe, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen zu führen! So geht es mit Ihren Behauptungen. Wenn wir einmal Gelegenheit nehmen, eine dieser Verleumdungen herauszugreifen und vor Gericht zu führen, dann klappen die Herren zusammen. Nach meiner Ueberzeugung sollen die Gewerkschaften sich von jeder parteipolitischen und auch religiösen Agitation fernhalten. Aus diesem Grunde bin ich auch ein Gegner der christlichen Sonderbündnisse. Wie es kein christliches Kohlenhandlat, keinen christlichen Stahlwerkverband gibt, so brauchen wir auch keine christlichen Gewerkschaften. Die Behauptung, daß die freien Gewerkschaften durch antireligiöse Agitation erschuldert hätten, daß christliche Gewerkschaften entstanden sind, ist unwahr. Aus den „Christlich-sozialen Blättern“ von 1877 und 78 kann ich nachweisen, daß schon damals die Absicht bestand, einen großen neutralen Verband zu gründen. Damals waren es die Herren Stögel und andere, welche sich aus parteipolitischen Gründen gegen diesen Plan erklärten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben also die Zerplitterung in die Gewerkschaftsbewegung nicht hineingetragen.

Es ist behauptet worden, die christlichen Gewerkschaften seien noch schlimmer als die freien. Tatsächlich werden aber unter den heutigen Zuständen die christlichen Gewerkschaften überhaupt keine selbständige große Zukunft haben. Kein politisch denkender Arbeiter wird jetzt mehr der christlichen Gewerkschaft beitreten, nachdem das Zentrum der Protorentenerung zugestimmt hat und uns das Bergarbeiter-Schwundgesetz (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) gebracht hat. Ich kann mich sogar auf eine Erklärung des Papstes und auf die Bücher hervorragender Katholiken berufen; sie alle sind der Meinung, daß jede Arbeiterorganisation, die ernsthaft für eine Verbesserung der sozialen Lage eintritt, naturgemäß zur Sozialdemokratie führt. (Hört! hört! und Sehr richtig! rechts.) Der Staatssekretär hat sich über die Undankbarkeit der Arbeiter beklagt.

Aber wer die Verhältnisse der Innenshiffer, der Bergarbeiter, der Heimarbeiter kennt, der muß wissen, daß mindestens sehr große Teile der Arbeiterschaft mit der bisherigen sozialpolitischen Gesetzgebung gar nicht zufrieden sein können. Nur die ersten Anfänge zu einer solchen sind vorhanden, für große Teile der Arbeiterschaft ist noch gar nichts geschehen. Ueber die Zustände in der Zechen „Vorussia“ haben wir Ihnen leider heute nicht das nötige mitteilen können — aber geschenkt wird Ihnen das nicht, warten Sie nur ab! Sonst hätten Sie es hören können, wie unter den Augen der Behörde Verbrechen über Verbrechen verübt werden — ich will nicht sagen: mit Zustimmung der Behörden. Wir hätten Ihnen heute an einer Anzahl von Fällen zeigen können, wie die Gesetze in unterschiedlicher Weise von den Vertretern des Großkapitalismus übertreten werden. Wie gesagt, geschenkt wird Ihnen die Zechen „Vorussia“ nicht, das sind wir schon den Witwen und Waisen schuldig, deren 25 Männer und Väter noch heute in tiefer Grube unbegraben, ungeborgen liegen. Wir haben verhindert, daß man die kleinen Diebe hing, und werden jetzt die großen Diebe nicht laufen lassen.

Graf Posadowsky sprach vorhin so schön und interessant von den Vorzügen einer geistig entwickelten Arbeiterschaft. Besonders gefreut hat mich, daß er die Blüte der deutschen Industrie in erster Reihe doch auf die Arbeiter — ich schließe die Kopparbeiter mit ein — zurückführte. Aber bei den 1 1/2 Millionen Arbeitern in Hütten, Hochöfen, Walzwerken und sonstigen Betrieben der Stahl- und Eisenindustrie hat die Sozialpolitik noch ein großes unbekanntes Land neu zu entdecken, dessen Beaderung zunächst einmal vorgenommen werden muß, ehe man so viel von unserer Sozialpolitik spricht. In dieser ganzen Debatte ist ebenso wenig wie im Vorjahre auch nur ein Wort darüber gesprochen worden. In erster Linie spreche ich für meine eigenen Berufsgenossen, deren soziale Vorsehung mir sehr am Herzen liegt, der Feuerarbeiter, die in glühender Hitze eine unglaublich qualitative Arbeit verrichten müssen. Vorschriften über die Arbeitszeit der Eisen- und Stahlarbeiter, über das Sanitätswesen, über ihre Teilnahme an der Unfallversicherung bestehen überhaupt nicht, und soweit einzelne Anordnungen erlassen sind, kümmern sich die Unternehmer nirgends darum. Das Eisen, neben der Kohle eine der wesentlichsten Grundlagen unserer Industrie, wird noch immer in unbeschränkter Arbeitszeit bearbeitet. Die Schloffer und Dreher in den Werkstätten arbeiten im allgemeinen zehn Stunden, in den kleineren, weitab von der Heerstraße liegenden Betrieben aber auch 12, 13 und 15 Stunden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist eine unerhörte Schmutzkonzurrenz, die die Reichsregierung als unlauteren Wettbewerb entschieden bekämpfen sollte, schon damit die Arbeitgeber, die die notwendige Humanität besitzen, nicht länger gehindert werden, zu tun, was Verstand und Gemüt ihnen gebieten. Die Feuerarbeiter aber an den Martins-, Vessener- und Siemensöfen, die zur Winterzeit in einer Temperatur von über 40 Grad, im Sommer in der reinsten Hölle arbeiten, müssen Tag für Tag ununterbrochen 12 Stunden tätig sein. Nicht genug damit. Wo nicht Doppelschichten eingeführt sind, müssen sie 13, 14, 16, 18 Stunden arbeiten, bis ihnen die Haut vom Gesicht heruntergebrannt und die blaue Farbe aus ihren Blusen vom Schweiß weggewaschen ist. Nicht die geringste Verordnung beschränkt die Ueberstunden. In der grausamsten Weise werden in vielen Eisen- und Stahlwerken täglich 2-5 Stunden Ueberstunden gemacht. Die Sonntagsarbeit dauert in einer ganzen Reihe von Werken 24 Stunden in der Gluthitze ohne jede Pause, eine unerhörte Grausamkeit! In den Eisenhüttenwerken in Thale im Harz werden monatlich 30-36 Schichten a 12 Stunden gemacht. Bei Hösch in Dortmund, deren Direktor zugleich der Unglücksgrube „Vorussia“ ist, hat ein Arbeiter im Monat Februar vergangenen Jahres 42 Schichten a 12 Stunden gemacht, von den 672 Stunden dieses Monats also 504 bei der Arbeit im Werke zugebracht. (Vielfaches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie kann man als fühlender Mensch angesichts solcher Zustände mit unserer Sozialpolitik zufrieden sein, Herr Staatssekretär? In den Hütten müssen die Arbeiter vor den Hütten 24 Stunden anhalten; die Sonntagsruhe ist ihnen überhaupt unbekannt. Bei Kölu hat ein Gewerbe-Inspektor festgestellt, daß an 12 Sonntagen hintereinander gearbeitet worden war, während die amtlichen Listen gefälscht waren, so daß es schien, als sei nur jeden Uebersonntag gearbeitet worden! Von einer regelmäßigen Pause kann gar nicht die Rede sein. (Widerpruch des Abg. Beumer.) Ich weiß nicht, wie lange Sie etwa in einem Besenwerfwerk gearbeitet haben, daß Sie es besser wissen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das Essen wird während der Arbeit eingenommen; der Henselmann — das Ehegastier — wird an den Walzständer gehängt, und während der glühende Stahl durch die Walze rauscht, löst der Arbeiter seine Suppe oder sein Gemüse auf, wenn es nicht vorher in den Walzkanal gefallen oder von den Rotten angefahren ist. Bei so ungenügender Nahrung und einer Arbeit, bei der den Arbeitern der Schweiß stromweise herunterläuft, wird der Alkoholmißbrauch leicht erklärlich. Wägen die Sittensprediger von hoher Warte aus darüber schelten, wer das selbst mitgemacht hat, weiß, warum der Arbeiter zum elenden Fuzel greift. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Soll uns etwa die weitere Tatsache, daß noch immer Frauen, die Korpisbinderinnen des Geschlechts, in allen Zweigen der Eisenindustrie beschäftigt werden, zu begeisterten Anhängern der gegenwärtigen Sozialpolitik machen? In den Hütten, in den Walzwerken werden sie bis zu 16 und 17 Stunden ausgebeutet. Allein in den Hüttenwerken, Walzwerken und Hütten, den denkbar schwierigsten und gefährlichsten Betrieben, werden noch 5600 Arbeiterinnen, darunter 363 Mädchen unter 14 Jahren beschäftigt. Nicht die westdeutschen Unternehmer trifft hier der Vorwurf, sondern die ungeheuer patriotischen und ockerchristlichen Werksbesitzer in Oberschlesien. Gewiß billigt Graf Posadowsky solche Ausbeutung nicht; auch einzelne Werksbesitzer verabscheuen solche Kinderausbeutung. Aber gerade deshalb wäre es an der Zeit, hier gegen die Schmutzkonzurrenz einzugreifen und die Frauenarbeit in der Eisenindustrie gänzlich zu verbieten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ueber die Zustände in den Krupp'schen Werken werde ich bei anderer Gelegenheit ausführlich sprechen; denn es kann doch dem Reiche nicht gleich sein, wenn es von der Hauptteil seiner Aufträge gibt. Aber allgemein werden im Schweißbad bis zu 14 Stunden täglich, im Preßbau, im Vandalenwalzwerk bis zu 36 Stunden hintereinander gearbeitet. Ich kenne einen Arbeiter, der in einer mechanischen Reparaturwerkstatt 48 Stunden hintereinander gearbeitet hat. Wenn der Mann nicht selbst einfiel, daß er sich damit ruinirt, so muß man ihn zwingen, dergleichen zu unterlassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Gegen die Ueberstunden haben sich christliche und freie Gewerkschaftler in einer gemeinschaftlichen Verammlung ausgesprochen. Auch ein Bergbeamter hat sich in derselben Weise geäußert. Bei qualitativ zu ausgedehnter Arbeitszeit muß quantitativ die Arbeitsleistung selbstverständlich sinken.

In den meisten Betrieben fehlt es an jeder Ventilation. Ich habe Fälle aufgezeichnet, wo die Arbeiter direkt ohnmächtig geworden sind wegen der schlechten Luft. Auf der Firma Krupp werden die Panzerplatten für unsere Marine glühend in Oelbädern getaucht. Trotz des enormen Gefankes, der sich bei solchen Gelegenheiten natürlich entwickelt, fehlt es an jeder Ventilation! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In den Schmiedewerkstätten fehlt es in 76 Proz. der Fälle an der Ventilation. Ferner existieren in den meisten Walzwerken nicht die notwendigen Wascheinrichtungen. Namentlich in Oberschlesien wird für die Körperpflege der Arbeiter gar nichts ausgegeben. In vielen Hütten ist nicht einmal das notwendige Waschwasser zum Händewaschen vorhanden. Der Staatssekretär sprach von den hygienischen notwendigen Maßnahmen in der Eisenindustrie. Aber in einer ganzen Reihe von Industrien, die mit ähnlich giftigen Stoffen zu tun haben, fehlen die Wascheinrichtungen. Auch fehlt es an den Speiseanstalten, so daß die Arbeiter gezwungen sind, ihr mitgebrachtes Frühstück inmitten der Giftstoffe und der giftigen Dünste einzunehmen. Die Herren von der Rechten, die doch immer so viel Gutes von dem zu sagen haben, was schon für die Arbeiter geschehen sei, sollten sich doch einmal die Schweinerei

in solchen Werken ansehen. Selbst das Trinkwasser fehlt in einer Reihe von Werken. Wenn ich Ihnen erst näheres von den Aborten erzählen würde, würde Sie ein Ubel anfallen. In den meisten Hüttenwerken wird einfach ein Pfosten über zwei Pfähle geschlagen, und zwar werden die Pfosten noch scharfzantig gemacht, damit die Arbeiter sich ja nicht auch nur einen Augenblick ausdrücken könnten, falls sie das bei dem kleinsten Schmutze, der dort herrscht, überhaupt über sich gewinnen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Staatssekretär hat von dem Aufschwung der deutschen Industrie gesprochen. Dieser ist in der Tat enorm. Die Robeisenproduktion, die gewissermaßen einen Wertmesser für die gesamte Industrie darstellt, ist in neun Jahren von 5 1/2 auf fast elf Millionen gestiegen. Dividiert man diese Zahl durch die Zahl der in der betreffenden Industrie beschäftigten Arbeiter, so erhält man als Resultat, daß im Jahre 1896 für 13 000 M. von einem einzelnen Arbeiter Werte erzeugt sind, im Jahre 1895 für 17 000 M. Dem entsprechen aber auch die Dividenden. Im Jahre 1870 teilten die Bergwerksgesellschaften eine Durchschnittsdividende von 9,24 Prozent aus, im Jahre 1900 aber eine solche von 18 Proz., und ähnlich ist die Steigerung in der Eisenindustrie. So sehen die „unerträglichsten Lasten“ unserer Industrie in Wirklichkeit aus. Ich habe 17 der großen und der kleinen Eisen- und Hüttenwerke zusammengestellt und herausgerechnet, daß in 15 Jahren eine Dividende von zusammen 72 bis 500 1/2 Proz. bezahlt worden sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da kann man doch immerhin mehr für die Arbeiter verlangen, auch wenn man nicht auf dem Standpunkte steht, daß die Arbeiter in erster Linie berücksichtigt werden sollten. Die höchsten Löhne in der Eisenindustrie zahlen die rheinisch-westfälischen Werke, nämlich 1340 M. Die nordöstlichen zahlen 1066 M., die sächsischen 1140 M. und die schlesischen nur 858 M. Jahreslohn für den Arbeiter. Die männlichen Eisenarbeiter in Oberschlesien bekamen 1900: 980 Mark, 1903 nur 918 Mark. Die schlesischen weiblichen Walzwerkerinnen erhielten im Jahre 1903 nur 823 Mark (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dagegen ist die schlesische Produktion um 32 000 Tonnen gestiegen, während die Arbeiterzahl um 1400 gefallen ist. Da machen Sie sich selber ein Bild von der ober-schlesischen Sozialpolitik! Der Tagesverdienst der Krupp'schen Arbeiter betrug 1904 4,78 Mark. Dabei sind aber schon alle Ueberstunden als normale Arbeitszeit mit eingerechnet. (Hört! hört! bei den Soz.) Es gibt Hunderte und Tausende erwachsene männliche Arbeiter bei Krupp, die täglich unter 3 M. verdienen. Es sind allerdings ungelernete Arbeiter, aber auch der ungelernete Arbeiter hat doch wohl das Recht, sich satt zu essen. (Sehr richtig! links.) Und gerade in jenen Gegenden, wo die Eisenindustrie und das Hüttenwesen blüht, sind die Lebensmittelpreise sehr hoch. Aber die Afford'sche gehen z. B. bei Krupp nicht herauf, sondern herunter. Ich werde mir bei einem anderen Etat die Frage erlauben, ob denn nur auch das Reich für seine Lieferungen bei Krupp billigere Preise bekommen hat. (Sehr gut! links.) Der Generaldirektor Bahre hat herausgerechnet, daß ein Arbeiter für seine notwendigen Bedürfnisse mindestens 802 M. im Jahre ausgeben muß. Damals aber, als diese Berechnung angestellt wurde, kostete das Pfund Fleisch nur 65 Pf., heute dagegen 90 Pf. bis 1,10 M. Der Lohn ist dagegen in 30 Jahren durchschnittlich um 61 M. gestiegen. Der Oberbürgermeister Schmieding von Dortmund hat in einer Petition die Mindestausgaben eines Arbeiters für seine notwendigen Bedürfnisse auf 1024 Mark jährlich berechnet. Aber diesen Lohn erzielt in Deutschland nur der geringste Teil der Stahl- und Eisenarbeiter. Kein Wunder, wenn die Gesundheitsverhältnisse stark zurückgehen. Bei Krupp waren in der Periode 1893 bis 1903 von 100 Arbeitern 61 krank. Im Jahre 1903 waren es nur 54. Da machten Sie ein großes Geschrei über die Besserung der Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter. Im Jahre 1904 aber ist der Satz der Krankheitsfälle bei Krupp auf 70,71 Proz. gestiegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dabei sind die Gesundheitsverhältnisse bei Krupp ja immerhin noch besser als in zahlreichen anderen Werken. So hatte die Krankenkasse einer Zinkhütte 303 Mitglieder, aber 320 Krankheitsfälle im Jahre. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

In der Stahl- und Eisenindustrie sind die Unfallziffern besonders hoch. Auf 1000 Versicherte ist die Zahl der schweren Unfälle in dieser Industrie von 8,92 im Jahre 1897 auf 11,25 im Jahre 1904 gestiegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Noch erheblich höher ist die Zahl der angemeldeten Unfälle, die 1904 in Dortmund 178, in Bochum 186, in Essen 218, in Oberhausen 244 auf 1000 Versicherte betrug. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Durch die Unfälle werden Krüppel, Lahme und Sieche geschaffen, und es ist dringend notwendig, auf eine Verminderung der Unfälle im Interesse der Arbeiter hinzuwirken. Vieles sind die Unfälle eine Folge des starken Arbeiterwechsels, und woher kommt das? 1878 hat der Kommerzienrat Bahre zugegeben, daß der Arbeiterwechsel durch die Reduzierung der Löhne hervorgerufen wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Graf Posadowsky hat die Bedeutung der Arbeiter für die Industrie anerkannt. Da ist es umsonst zu bedauern, daß zu den konträditörischen Verhandlungen über die Eisen- und Stahlindustrie keine Arbeiter zugezogen worden sind. Wären die Arbeiter gehört worden, so hätten nicht die unsinnigsten Beschimpfungen dort aufgestellt werden können. So wurde da zum Beispiel behauptet, die Weichblechindustrie könnte keine Arbeiter bekommen! Das war unwar. Man konnte nur nicht Arbeiter zu den unerhört niedrigen Löhnen bekommen, die gezahlt wurden. Ich bitte die Regierung, sich eingehend mit den Verhältnissen der Eisen- und Stahlindustrie zu beschäftigen. Es würde sich empfehlen, die Hilfsarbeiter der Gewerbe-Inspektoren aus den Kreisen der Arbeiter zu entnehmen, da die Gewerbe-Inspektoren gar nicht in die Einzelheiten des Betriebes eindringen können, weil ihnen von den Unternehmern zu viel Schwierigkeiten bereitet werden. Die Gewerbe-Inspektoren kommen bei ihrer Tätigkeit sehr leicht in Konflikt nicht nur mit dem Unternehmer, sondern auch mit gewissen Instanzen der Regierung.

Von 32 000 Anlagen sind 21 000 revidiert, davon 14 000 einmal im Jahre. Da kann es kein wundernehmen, daß die Aufsichtsbeamten vielfach keine Ahnung von den Zuständen haben. Ich empfehle dem Herrn Staatssekretär folgende Einrichtung eines Walzwerks zur Nachahmung: Dort wählt jeder Betriebsteil einen Arbeiter; diese Gewählten treten allmonatlich zusammen und inspizieren das ganze Werk und machen Vorschläge für Unfallverhütung. Von ihren 224 Vorschlägen sind nur 12 als unbrauchbar zurückgewiesen worden. Da zeigt sich, daß die Arbeiter durchaus brauchbar als Inspektoren sind. Man sollte endlich aus dem Stadium der theoretischen Erwägungen herauskommen und überall auch Arbeiter als Gewerbeinspektoren anstellen. Das dient ja auch zum Nutzen der Unternehmer; denn die Kosten der Versicherung verringern sich damit. Im englischen Bergbau hat man es durch die Mitwirkung der Arbeiter erreicht, daß 30-40 Prozent weniger Todesfälle festzustellen sind. Kommen wir auch bei uns dahin, so werden sich die Kosten der Versicherung bedeutend ernähigen. Jetzt die Regierung durch die Tat, daß wir auf diesem Gebiete etwas von ihr zu erwarten haben, so werden wir das durchaus anerkennen. Es ist immer behauptet worden, die Gewerkschaften seien reine Kampfsorganisationen, sie schürten nur den Klassenkampf. Diejenigen, die das behaupten, möchte ich bitten, das folgende zu beachten — stellen Sie dann noch die Behauptung auf, so möchte ich an ihrem guten Glauben zweifeln: Der Deutsche Metallarbeiter-Verband mit über 250 000 Mitgliedern, also die stärkste Arbeiterorganisation der Welt, hat im Juni 1904 an den Arbeitgeberverband der Eisen- und Metallindustrie eine Eingabe gerichtet, worin er diesen auffordert, in Verhandlung mit dem Metallarbeiterverbande einzutreten über die Regelung der Arbeitszeit, über die Festsetzung von Mindestlöhnen, über die Schaffung bestimmter Formen des Afford'hitem's, über die Schaffung von Vorbeugungsmaßnahmen gegen umfangreiche Arbeitsunfällen bei schlechten Arbeitsgängen, über die Einsetzung von örtlichen und Bezirks-Schlichtungskommissionen mit paritätischer Zusammensetzung zur Schlichtung von Streitigkeiten und über die Einsetzung einer Zentralinstanz zur Durchführung und Ueberwachung etwa getroffener Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

In der Begründung weist der Metallarbeiterverband ausdrücklich darauf hin, daß durch die wirtschaftlichen Kämpfe sowohl Arbeiter wie Arbeitgeber schwer geschädigt würden. Er schlägt vor, eine Eingangscommission einzusetzen, um auf diesem Wege zu ruhigen und geordneten Verhältnissen in der deutschen Metallindustrie zu kommen. Aus dieser Eingabe geht unzweifelhaft hervor, daß es dem Metallarbeiterverband bitter Ernst ist mit der Herbeiführung geordneter Verhältnisse im Gewerbe, und es zeigt sich, daß die Behauptung, der Verband habe den Streik in der Elektroindustrie herbeigeführt und geschürt, durchaus unrichtig ist. Was ist nun aus dieser dankenswerten Anregung geworden? Der Gesamtverband der Metallindustriellen hat sofort nach Empfang dieser Eingabe an die einzelnen Industriellen die Befehle erteilt, nicht mit dem Verbande in Verhandlungen einzutreten. (Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Wille zum sozialen Frieden war also auf Seiten der Arbeiter und nicht der Arbeitgeber. Da nun dieser Versuch, auf dem Wege der freien Vereinbarung eine Regelung der Verhältnisse herbeizuführen, gescheitert ist, wäre es um so mehr Pflicht der Reichsregierung, sich der Arbeiter anzunehmen. Sie kann uns doch nicht gleichgültig sein diese Degeneration der Arbeiter, diese Zerrüttung ihrer Gesundheit, diese Verzerrung durch Unfälle und Krankheit. Es handelt sich um eine Arbeiterschaft, auf der die Blüte unserer Industrie beruht. Wer die Ausstellung in Düsseldorf gesehen hat, der wird mit Stolz sagen müssen, daß weder die Pariser noch die Lütticher Weltausstellung eine so leistungsfähige Metall- und Maschinenindustrie gezeigt hat. Es sind nicht etwa nur die Herren Ingenieure und Direktoren, die diese hohe Blüte herbeigeführt haben, sondern, wie schon Graf Posadowsky erklärt hat, in erster Linie die Arbeiterschaft. Es liegt also auch durchaus im nationalen Interesse, für den Schutze dieser Arbeiter zu sorgen. Im Einverständnis mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes schlägt ich der Reichsregierung vor, eine Enquete, womöglich durch die arbeitsstatistische Kommission, über die Lage dieser Arbeiter vorzunehmen zwecks Einleitung einer umfassenden Schutzesorgnahme für diese Arbeiter. Die Enquete sollte sich erstrecken auf die Feststellung der täglichen Normalarbeitszeit, der Ueberstunden, auf eine Untersuchung über die Einwirkung der langen Arbeitszeit auf die Unfallhäufigkeit und Krankheitszahl, auf Feststellung und Durchführung der bis jetzt erlassenen Schutzbestimmungen, auf Feststellung der von den Werken etwa getroffenen sanitären Einrichtungen. Sollte die Regierung an diese Enquete gehen, dann erlaube ich Sie dringend, sich dabei nicht nur auf die Angaben der Unternehmer zu stützen, sondern auch in weitestgehendem Maße die Organisationen der Arbeiter zuzuziehen. Der deutsche Metallarbeiter wird seine sämtlichen Funktionäre anweisen, auf Kosten der Organisation der Reichsregierung bei diesen Erhebungen an die Hand zu gehen. Ich glaube, den Beweis erbracht zu haben, daß es dringend notwendig ist, endlich auch einmal die Arbeiter in der Eisen- und Metallindustrie schützen zu lassen, daß sie im Lande der Sozialreform leben. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf vertagt sich das Haus.
Für den morgigen Schwerinstag schlägt als Tagesordnung Präsi. Graf Humpel vor: 2. Lesung des Antrages Hompeß (3.) und Genossen (Toleranzantrages). 1. Lesung des Antrages Albrecht und Genossen (Soz.) betreffend die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in die Verfassungen aller Einzelstaaten.

Abg. Graf Hompeß (3.):
Mit Rücksicht darauf, daß die Beratung unseres Antrages noch viele Schwerinstage kosten und dadurch die anderen Parteien in

ihrem Rechte beschränken würde, verzichten wir vorläufig auf seine Weiterberatung (Lachen bei den Nationalliberalen.), behalten uns aber vor, seine Priorität bei gegebener Gelegenheit wieder geltend zu machen.

Demnach steht nur der Antrag Albrecht auf der morgigen Tagesordnung.
Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung, Dienstag, den 6. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Bethmann-Hollweg.
Die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt beim Etatstitel „Ministergehalt“.

Abg. Goldschmidt (fr. Vg.): Mit dem preussischen Wahlrecht macht sich unser Vaterland jetzt doch vor der ganzen Welt lächerlich. Sogar Ausland ist uns ja jetzt darin voraus. Ich bitte den Minister, bei dieser Frage einmal seinen Liberalismus zu zeigen.

So sehr wir dafür sind, daß die Arbeitgeber gleich hohe Beiträge in die Krankenkassen zahlen wie die Arbeiter und demgemäß die gleichen Rechte bei der Wahl des Vorstandes erhalten, so wollen wir doch bei der Reform von höheren Gesichtspunkten ausgehen. Wir verlangen einheitliche Einführung des Proportionalwahlrechts, damit auch die kleinen Arbeiterorganisationen eine Vertretung finden.

Präsident v. Kröcher: Der Abg. Goldschmidt hat gesagt: unser Vaterland mache sich mit dem preussischen Wahlrecht vor der ganzen Welt lächerlich. Ich rufe ihn deshalb zur Ordnung!

Abg. Goldschmidt (zur Geschäftsordnung): Wenn man nicht sagen darf . . .

Präsident v. Kröcher: Sie dürfen meine Geschäftsleitung nicht kritisieren.

Abg. Goldschmidt: Dann kann ich nur sagen, daß dies Wahlrecht zum Weinen ist.

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird angenommen.

Es folgen die Kapitel „Versicherungsrevisoren“, „Landräthliche Behörden und Aemter“.

Beim Kapitel „Polizeiverwaltungen in Berlin und Umgebung“ fährt

Abg. Rünkerberg (fr. Vg.) aus: Die Prostitution zeitigt noch immer große Mißstände. Was ist da zu tun? Einig sind alle darin, daß das jetzige System beseitigt werden muß. Für mich kommt es nur auf die soziale und hygienische Seite an. Deshalb bedauere ich, daß religiöse Männer gewisse Literaturerörterungen wie z. B. die Münchener „Jugend“ bekämpfen. (Oho! rechts.) Ich ferne die „Jugend“ vom ersten Tage ihres Erscheinens. Es ist ein Blatt, auf das wir stolz sein können. (Oho! rechts und im Centrum.) Sie verfolgt hohe künstlerische Ziele. (Schallendes Gelächter rechts.) Stöder hat in Leipzig erklärt, die behördliche Kontrolle sei zu verwerfen. So denken auch viele Aerzte. Andere verlangen, daß gleichmäßig für Männer und Frauen eine Bestrafung wegen Körperverletzung erfolgt, wenn sie wissentlich andere anstecken. Endlich wird scharfe Reglementierung verlangt. In England und Frankreich ist man schon längst davon abgekommen. An eine Kasernierung ist gar nicht zu denken. Wie soll man 5000 Mädchen in Berlin kasernieren? Welche Mittel gibt es nun? Da sind die Fürsorge-Erzziehung, Erlaß eines guten Wohnungsgesetzes, Anstellung von Schulärzten. Das alles wird gut wirken. Die soziale Frage läßt sich mit Schlagworten nicht lösen. Ich lege offen das Votum ab, daß ich auch noch

nicht weiß, wie ich helfen soll. Ich will aber den Minister bitten, seine erste Aufmerksamkeit auf diese Frage zu lenken und in einem kontrastistischen Verfahren mit den Sachverständigen neue Bahnen zu juchen. (Lebhafte Beifall.)

Minister v. Bethmann-Hollweg: Ich spreche dem Vorredner meinen Dank aus für seine ersten, vorurteilsfreien und eindringlichen Worte. Ich will ihnen gerne Folge geben, wenn auch leider große Schwierigkeiten vorhanden sind, da die Sachverständigen nicht einig sind. (Beifall.)

Das Kapitel wird bewilligt.
Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr.
Schluß 4 1/2 Uhr.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 19. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Schmach! — Die Bergleute und der preussische Landtag. Von Otto Hue. — Der 17. Januar in Hamburg. Von Gustav Stengele. — Die Lage in den Vereinigten Staaten. Von A. R. Simons (Chicago). — Die Gewerkschaften im Jahre 1904. Von D. Stücken. — Vom Arbeitgeber Staat. Von E. Meier. — Ortsbildlicher Tagelohn und Kriminalität in Preußen. Von Dr. Siegfrieda. — Literarische Rundschau: Dr. Bernhard Braube, Die Grundlagen und die Grenzen des Chamberlainismus. Von R. Beer. Dr. Elisabeth Gottscheiner, Die gewerbliche Arbeiterinnenfrage. Von Theresie Schelsinger-Göttsch. — Kritiken: Von der Nordwestlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft. Von E. G. Italienisches Gemüse und Obst in Deutschland. Von rts.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist im Heft Nr. 3 des 16. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Wahlrechtskämpfe in verschiedenen deutschen Bundesstaaten. Von Luise Juch. — Ein Rundgang durch die Heimarbeitenausstellung in Berlin. Von m. l. Der Wehrwert. Von Julian Vorchardt. — Aus der Bewegung: Von der Kollation. Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen von Burg bei Magdeburg. — Der rote Sonntag im Wahlkreis Gießen. — Ruffische Praxis in Preußen. — Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. Die Beteiligung der Arbeiterinnen an den Vertreterwahlen zu den Ortskrankenkassen. — Einwas von Rot und Kampf schillerter Textilarbeiter. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Rotigenzeit: Frauenstimmrecht — Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und Verkehrswezens. — Soziale Gesetzgebung. — Feuilleton: Neue Tefel. Von Emanuel Geibel. (Gedicht.) — Der heilige Lohse oder Triumph der Lüge. Von August Strindberg.

Frauen-Beilage: Die Mutter. Von R. A. Reiffaffon. (Gedicht.) — Unsere Gesundheit: 10. Säuglingspflege. Von Dr. Adams-Lehmann. — Sexuelle Fragen. Von Herr. Kärtz. — Helmsch. Von Georg Herwegh. (Gedicht.) — Der Scharlach. Von Dr. H. Ch. — Die Mutter als Erzieherin. — Für die Hausfrau. — In der Frühe. Von Eduard Mörike. (Gedicht.)

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pf., unter Kreuzband 35 Pf., Jahresabonnement 2,60 M.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die 3. Nummer seines 23. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt desselben erwähnen wir die farbigen Bilder „Ein Handelsgeschäft“ und „Streng konstitutionell“, sowie die weiteren Illustrationen „Bilder aus Kamerun“, „Aus den Vorbereitungen zum Wahlrechtssonntag“, „Politik auf der Landstraße“, „Aus Algeiras“, „Die Nachtwache des Jaren“ und „Die Belasteten“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Die Scharfmacher am Wahlrechtssonntag“, „Der rote Mittwoch in Hamburg“, „Hererolrang“, „Toleranz-Gedichte“, „Elegie des Fräuleins Eusebia Gänsefuß“, „Die große Reichsanwalt“, „Schöne Schläue“, „Die Konterrevolution“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen die Novelle „Der Geschworene“ von Hans Han, eine Betrachtung Rottfuß Kausel über den Verlauf des „Roten Sonntags“ und mehrere satirische Feuilletons.

Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Warenhaus Hermann Tietz

Leipzigerstrasse — Alexanderplatz

WIR BRINGEN IN DIESER **W**OCHE **W**EISSE WÄSCHE **W**AREN ALLER ART, **W**ELCHE EIGENS FÜR DIESEN **W**ZWECK AUFGESTAPELT, **W**ZU ENORM BILLIGEN PREISEN ZUM VERKAUF.

Soweit der Vorrat reicht.

Damenwäsche	
Damenhemden, Haustuch mit Spitze	} durchweg 120
Beinkleider mit Stickereivolant	
Nachtjacken in verschiedenen Stoffen mit soliden Besätzen	} durchweg 150
Damenhemden mit Languetto	
Beinkleider aus Renforcé mit Stickerei-Volant, auch Knieform	} durchweg 175
Nachtjacken in Croisé mit Languetto	
Damenhemden, Achselabschluss mit handgestickter Passe, mit Languetto sowie mit Stickerei-Einsätzen verziert	} durchweg 225
Damenhemden aus vorzüglichem Renforcé, Passe mit Madeira-Handstickerei und Handlanguetto	
Damenhemden aus guten Stoffen, mit verschied. Stickereien garniert, besonders preiswert	190 225 250

Bettwäsche	
4 hervorragend preiswerte Posten Bettgarnituren (1 Deckbett mit 2 Kissenbezügen):	
Haustuch, Specialmarke	450
Louisianatuch beste Qualität	675
Pa. Damast	675
Damast, extrafein	850
Kissenbezüge mit Languetto	115
Kissenbezüge mit breitem Stickerei-Einsatz	175
Kissenbezüge mit breitem Stickerei-Einsatz	260
Damen-Nachthemden aus Renforcé, mit farbigem Besatz	280
Damen-Nachthemden mit Stickerei-Jabot und Umlegekragen	325 425

Wäschestoffe	
Hemdentuch kräftige Qualität 80/82 cm breit, Mtr.	25, 30, 35, 38, 42 Pf.
Renforcé feine Elsasser Qualität 80/82 cm breit Mtr.	35, 38, 45 Pf.
Maccotuch für feine Leibwäsche, aus Edelbaumwolle, 84 cm breit Mtr.	55, 60, 65 Pf.
Louisianatuch für Leibwäsche, 80 cm breit Mtr.	26, 30, 35, 38 Pf.
Louisianatuch für Bettwäsche, 82/84 cm, Mtr.	38, 48 Pf.
	130 cm Mtr. 65, 78 Pf.
Bettsatin für Bettwäsche, sehr haltbar, 82 cm, Mtr.	45, 55, 70 Pf.
	130 cm, Mtr. 75, 90 Pf. 105
Bettdamast 82 cm, Mtr.	50, 65, 85 Pf. 110
	130 cm, Mtr. 80, 95 Pf. 125 165

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Widler **Gustav Heyse** gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mittwoch den 7. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Wohnung, Siemensstraße 17, aus nach dem Siedlands-Kirchhof in Ploßensee statt.
 Regere Beteiligung erwartet
 112/1 Die Ortsverwaltung.

Turnverein „Fichte“
 Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes.
 Am 4. Februar, nachts 12 Uhr, verstarb nach längerem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Turngenosse **Gustav Heyse**
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittag 3 Uhr vom Trauerhaus, Siemensstraße 17, aus nach dem Siedlands-Kirchhof in Ploßensee statt.
 Die IV. Männer-Abteilung.

Verband der Schneider und Schneiderinnen (Filiale Berlin).
Nachruf!
 Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege **Hermann Neufang** am 2. Februar 1906 im Alter von 40 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 162/8 Die Ortsverwaltung.

Dauftagung.
 Für die vielen Beweise der Teilnahme und zahlreichen Krampfspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter **Marie Wöllner** lagern wir allen Bekannten unseren herzlichsten Dank.
Felix Wöllner nebst Kindern.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, 29/14
 Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.**
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Dr. Schünemann, Spezial-Ärzt für **Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.** Eck: Friedrichstr. 203, Schützenstraße. 10-2, 5-7 resp. 8, Sonnt. 10-12.

Am Sonntag, morgens 4 Uhr, starb mein lieber, guter Mann, der Former **Paul Gast**
 an Gehirnhautentzündung.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.
 Für die trauernden Hinterbliebenen:
Frau Hedwig Gast.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer. (Ortsverwaltung Rigdorf.)
Nachruf!
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied **Max Giese** am 3. Februar verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Haupt-Bureau: Engel-Wer 15, Zimmer 1-5, Fernsprecher: Amt IV 9679.
 Nebel-Büro: Zimmer 34, Amt IV 8333.

Achtung! Rohrleger und Helfer! Achtung!
 Donnerstag, den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Allgemeine Versammlung der Rohrleger und Helfer
 Berlin und Umgegend
 im großen Saal von Louis Keller, Koppenstr. 29.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Adolf Hoffmann. 2. Diskussion.
 3. Bericht der Schlichtungskommission, speziell der Fall Krafetz. 4. Verbandsangelegenheiten.
 Kollegen! Da seit Monaten keine Versammlung unserer Branche stattgefunden hat, der Kommission aber mehrere Tarifverträge in den letzten Wochen bekannt geworden sind, ist zahlreicher Besuch erforderlich.
 Donnerstag, den 8. Februar 1906, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirks-Versammlung für Moabit
 bei Peters, Wielefstraße 24.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Genossen Ströbel über: „Partei und Gewerkschaften“.
 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
 In Anbetracht des sehr lehrreichen, zeitgemäßen Vortrages erwartet zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Kolleginnen und Kollegen.
 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.
 Am 5. Februar verstarb unser altes Mitglied **Wilhelm Thieme** im Alter von 38 Jahren an Herzlähmung.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle des St. Johannis-Kirchhofes in Ploßensee aus statt.
 Regere Beteiligung wünscht
 136/17 Der Vorstand.

Zentral-Verband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands. (Bezirk Berlin.)
 Mittwoch, den 7. Februar 1906, abends 9 Uhr, in den Industrie-Festsälen, Beuthstr. 20/21:
Öffentl. Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Bundesrat warum? Referent: Kollege **Julius Kaliski.**
 Kollegen und Kolleginnen! Erscheint zahlreich in dieser Versammlung.
 [287/5] Die Ortsverwaltung.

Achtung! Fliesenleger. Achtung!
 Donnerstag, den 8. Februar cr., abends 6 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:
Versammlung
 der **Sektion der Fliesenleger des Maurerverbandes.**
 Tages-Ordnung:
 1. Der Stand unserer Bewegung. 2. Verschiedenes.
 Zu dieser Versammlung müssen alle Kollegen gleich von der Arbeit erscheinen. Kein Kollege darf in dieser Versammlung fehlen.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Der Sektionsvorstand. J. A.: Felix Broiske.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Stoch- und Celluloid-Arbeiter.
 Mittwoch, den 7. Februar, abends 8 Uhr:
Kommissions-Sitzung.
 Vertrauensmänner-Sitzung findet nicht statt. Berichte über Differenzen sind zu geben.
 79/15 J. B.: Wildorf.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.
 Am 5. Februar verstarb unser altes Mitglied **Wilhelm Thieme** im Alter von 38 Jahren an Herzlähmung.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle des St. Johannis-Kirchhofes in Ploßensee aus statt.
 Regere Beteiligung wünscht
 136/17 Der Vorstand.

Den Kollegen zur Nachricht, daß der Schriftföhrer **Gustav Kettner** nach langjährigem Leiden am 5. Februar verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. Februar, nachm. 4 Uhr, vom neuen Pauls-Friedhofe in Ploßensee aus statt.
 Das Personal der Buchdruckerei **H. S. Hermann.**

Dauftagung.
 Für die uns beim Hinscheiden meines lieben Vaters erwiesene Teilnahme sprechen allen herzlichsten Dank aus, insbesondere dem Kameraden „Kordmann“ für den erhabenen Gehalt am Grabe des Entschlafenen. 23036
Ww. Margarethe Martin und Tochter.
 Für die vielen Beweise der innigen Teilnahme bei der Beerdigung meines geliebten Vaters des Heuereis **Albert Bose** sage ich allen Freunden und Bekannten, besonders dem Männer-Gesangsverein „Schnepf“ und dem Verein der „Chemigraphen D. S. B.“ meinen herzlichsten Dank.
Ww. Antonio Bose.

Arbeiter-Stenographen-Verein (System Arends)
 Mitgl. d. deutsch. Arb.-Stenogr.-Bundes.
 Neuer Kursus für Damen und Herren beginnt am 8. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Lieber, Grenadierstr. 35. Unterricht unentgeltlich. Lehrmittel 1,50 Mark.
 287/6



Zu Strändefesten.
 Strand-Anzüge 10.— 7.— 6.—
 4 Mk. 25
 Papier-Anzüge creme 10 Mk.
 Strand-Mützen und Hüte 0.75 50 Pf.

Zu Alpenfesten.
 Tiroler Joppen 11.— 10.— 7.50 5 Mk. 75
 Tiroler Hosen 8.— 5.— 4 Mk.
 Wadenstutzen, Lodenhüte, Ledergürtel, Hosenträger, Schmuckfedern, Krawatten, Hemden u. s. w.
 sehr billig.

Baer Sohn
 Spezialhaus grössten Maßstabes
 Chausseestrasse 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11
 Gr. Frankfurterstr. 20.

Constantin Meunier
 Lebenswerk darunter Monument der Arbeit
 Januar bis 21. Februar 1906 — Eintritt 1,00 Mark.
 Für Abonnenten des Kunstsalons Keller & Reiner 50 Pf.
 Geöffnet Wochentags 10-8, Sonntags 11-7 Uhr.
Keller & Reiner, Potsdamer Str. 120.
 Einzel-Eintrittskarten außer an der Kasse der Meunier-Ausstellung auch im Kunstsalon Keller & Reiner sowie bei A. Wertheim und im Invalidendank.

Allen Freunden und Partikulargenossen und Kollegen hiermit zur Nachricht, daß ich in der **Gräfestr. 2,** dicht an der Kottbuscherbrücke eine **Restauration** übernommen habe. Für Speisen und Getränke sowie Unterhaltung wird beständ. Sorge getragen und bitte ich daher um geneigte Unterstüßung meines neuen Unternehmens.
 Achtungsvoll 792*
Gustav Lehmann,
 Einleger a. D., früherer Probenstr. 33.

Ein Riesenposten
 180 cm breite bunte **Mocket-Plüsch**
 vornehm, haltbarer Möbelstoff
 Buntpersische Blumenmuster
 Inventur- 5 35 pr. Meter
 Extrapreis 5 Wert 750
 Bei Abnahme ganz. Stücke 5 15 p. Mtr.
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
 Berlin S. Oranienstr. 158.

Beste Bettenfüllung
 sind die vorzüglich füllenden, sehr kostlichen, echt dänischen **Monopoldaunen**
 (jedeL schätzte) Pfund Mk. 2,85.
 3-4 Pfund genügen 1 gr. Oberbett.
 Berl. geg. Nachnahme. Verpackung frei.
Gustav Lustig
 Berlin S. Prinzenstr. 46
 Gedr. Bettfedern-Spezialgeschäft Deutschlands.

Kleiderspind, 256/13*
 Bäckelpland, Spiegel, Ausziehtisch, Büschel, Leppich, Chaiselongue, Bettstellen (Matrassen), Schreibstisch, Büfett, Küchenrichtigung, Neue Königstraße 20, dicht Alexanderplatz.

Zum unverzagten Rehberger
Johannes Fricke, Marstr. 135
 Jeden Mittwoch:
 Frische Blut- u. Leberturft in bekannter tadelloser Güte.
 3 Vereinszimmer, Räume für Besprechungen.
 Fernsprecher Amt 2, 3437. 812

Verlangen Sie Tellus-Zigaretten
 garantiert Handarbeit
 Mit peinlichster Sorgfalt von bestbezahlten Zigaretten-Arbeitern hergestellt!
M. Butze, Orientalische Zigaretten-Fabrik „Tellus“, Berlin N. 54.

New-Departure-Freilauf-Bremsnabe
 Die beste der Welt
 In jeder besseren Fahrradhandlung Millionen im Gebrauch erhältlich.
 Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Austritt aus der Landeskirche.

Wiederholte Anfragen über die Art des Austritts aus der Kirche und über die Folgen veranlassen uns zu der folgenden Zusammenfassung...

Wer aus der Landeskirche in Preußen austreten will, hat einen hierzu gerichteten Antrag an das Amtsgericht seines Wohnortes zu senden...

Es genügt aber ein Schreiben folgenden Inhalts, das datiert und unterschrieben an das Amtsgericht abzusenden ist:

„Ich melde hiermit meinen Austritt aus der Landeskirche und beantrage meinen Austritt aufzunehmen.“

Dieser Antrag stellt das Gericht dem Vorstände der Kirchengemeinde schriftlich zu, der der Antragsteller angehört. Der Austritt erfolgt dann durch persönliche Erklärung des Austrittenden vor dem Richter...

Man achte darauf, daß man ohne besondere Vorladung, auch ohne daß eine Benachrichtigung von der Anmeldung des Austritts ergehen muß, zwischen dem 20. und 42. Tage nach Eingang des Schreibens bei Gericht zu den Stunden, in denen die freiwilligen Gerichtsbarkeit aufzunehmen sind...

Der Austrittende kann eine Bescheinigung des Austritts oder auch eine Abschrift des Protokolls verlangen. Die Kosten werden später erfordern. Sie betragen 3 M. für das gesamte Verfahren und etwa 50 Pf. Schreibgebühren.

Der Kirchenvorstand erhält vom Gericht Nachricht von dem erfolgten Austritt.

Welche Rechtswirkungen hat der Austritt aus der Kirche? Keineswegs zehrt der Austritt irgend welche Rechte von sich. Er hat aber die Wirkung, daß man endlich von der Kirchensteuerpflicht befreit wird...

Für wen erfolgt der Austritt? Der Austritt hat nur für den, der ihn erklärt, rechtliche Wirkungen. Er wirkt also weder für die Ehefrau, noch — nach der leider zurzeit herrschenden Ansicht — für die Kinder...

Zum Markanstädter Landfriedensbruch.

Die Regierung wird den Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht nur führen, indem sie die Gesetze rücksichtslos anwendet usw.

Fürst Bischoff im preussischen Herrenhaus am 25. Januar 1906.

Das ist der Standpunkt der Sachmacher: alle Gesetze rücksichtslos gegen die Arbeiterbewegung anzuwenden! In erster Linie gegen etwaige Streikführer. Was darin namentlich in der letzten Zeit von den Gerichten geleistet worden ist, hat man zur Zeit des Sozialistengesetzes kaum zu ahnen gewagt...

In der neueren Zeit hat die Rechtsprechung aber mit dem Landfriedensbruchparagrafen in einer Weise gewirtschaftet, daß innerhalb kurzer Zeit auf mehrere Tausend Jahre Gefängnis gegen streikende Arbeiter erlassen worden ist...

Ein klassischer Beweis dafür, wie einfache Tummale, die sonst noch nicht einmal als eine ordentliche Strafmessung betrachtet werden, zu Landfriedensbruch gestempelt werden, und wie man Streikführer dafür verantwortlich macht, zeigt der Prozeß vor dem Leipziger Schörrichter gegen neun Arbeiter aus Markanstadt...

Konflikte heraufbeschwören muß. So war es auch in Markanstadt. Die Kürschner haben mit ihren Unternehmern einen auf längere Zeit abgeschlossenen Tarifvertrag vereinbart...

Diese ungerechtfertigte Lohnreduktion und der besonders provozierende Schutz, den man den Arbeitswilligen angedeihen ließ, hat schließlich zu dem Tumult am 11. Oktober geführt. Die Arbeitswilligen bekamen nirgends etwas zu kaufen, so verhoft waren sie der Bevölkerung...

Aus dem Zuge heraus, in welchem die Arbeitswilligen abends von Gendarmen nach dem Bahnhof gebracht wurden, können sie die Streikenden frech verhöhnen, ohne daß die Verhöhten etwas dagegen unternehmen konnten...

Plötzlich gab es eine Schupfererei, darauf fielen einige Steine, und nun kam durch den Hof: Die Arbeitswilligen haben die Messer hochgehoben die ganze Menschenmenge — nach verschiedener Schätzung etwa 1000 Personen — in ein rasendes Rennen dem Bahnhof zu...

Das Ergebnis der Verhandlungen des Schörrichters brachte von den Folgen des Tumults weiter nichts zutage, als daß ein Arbeitswilliger blutig geschlagen worden ist. Seine Beschuldigungen waren aber so unbedeutend, daß er ohne ärztliche Hilfe nach Hause fahren und am anderen Tage seine Arbeitswilligendienste, ohne den geringsten Schaden genommen zu haben, wieder aufnehmen konnte...

Damit vergleiche man die Anklage und die Beurteilung, allerdings unter „Annahme milderer Umstände“, wegen schweren Landfriedensbruchs, und noch dazu die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre...

Im ersten Teile der Verhandlung spielte die Behandlung der Frage, ob der Streik berechtigt war oder nicht, eine große Rolle, um die Angeklagten, die zum Teil mit dem Streik an sich gar nichts zu tun haben, als Menschen hinzustellen...

Zur Charakteristik des Prozesses, daß es sich dabei nur um einen Tendenzprozeß gehandelt hat, dient die Art, wie vom Richterlich sowohl wie vom Staatsanwalt der Streit und Gewerkschaftsbewegung immer nur als Parteiliche hingestellt wurde...

Parlamentarisches.

Eröffnung der Kleinen.

Die extraordinäre Steuerkommission, welche die Konservaliven, Nationalliberalen, Antisemiten und das Zentrum neben der Reichsfinanzreformkommission gebildet haben, hat sich für das Vaberollesteuerhystem gegen die Zigarettenindustrie entschieden...

An Stelle der §§ 1 bis 18 der Anlage 3 treten folgende Vorschriften:

- § 1. An Eingangszoll ist zu erheben für 1 Doppelzentner:
1. feingeknickten Tabak . . . 800 M.
2. Zigaretten . . . 2000 M.
§ 2. Anher den auf Grund des Tabaksteuergesetzes von dem verbrauchten Tabak zur Erhebung gelangenden Abgaben unterliegen der im Zulanze geknickte Zigaretten und die im Zulanze hergestellten Zigaretten einer besonderen in die Reichsliste stehenden Steuer, die beträgt:
1. für Zigaretten:

- a) im Kleinverkaufspreise bis zu 10 M. das Tausend 1 M. für 1000 Stüd.
b) im Kleinverkaufspreise über 10 M. bis 20 M. das Tausend 2 M. für 1000 St.
c) im Kleinverkaufspreise über 20 M. bis 30 M. das Tausend 6 M. für 1000 Stüd.

- d) im Kleinverkaufspreise über 30 M. bis 40 M. das Tausend 10 M. für 1000 Stüd.
e) im Kleinverkaufspreise über 40 M. das Tausend 12 M. für 1000 Stüd.

2. für Zigarettenabak:
a) im Kleinverkaufspreise über 2 M. bis 3 M. das Kilo 0,20 M. für 1 Kilo.
b) im Kleinverkaufspreise über 3 M. bis 5 M. das Kilo 0,80 M. für 1 Kilo.
c) im Kleinverkaufspreise über 5 M. bis 8 M. das Kilo 1,00 M. für 1 Kilo.

d) im Kleinverkaufspreise über 8 M. das Kilo 2 M. für 1 Kilo.
Als Zigarettenabak im Sinne dieses Gesetzes gilt aller feingeknickte Tabak, der im Kleinverlaufe mehr als 2 M. das Kilo gramm kostet.

Der Bundesrat ist ermächtigt, Tabakzeugnisse von der Art und Form der Zigarette, bei denen das Papierblatt fehlt, der gleichen Steuer zu unterwerfen.

Abg. Feld begründete den Entwurf mit dem Hinweis, daß Geld gebraucht werde und diese neue Form der Besteuerung leicht durchführbar sei. Sachmänner hätten daran mitgearbeitet. Abg. Geyer bestritt, daß Sachleute dieses leichtfertig zusammengewürfelte Produkt (Ordnungsruß) mit geschaffen hätten...

v. Elm (Soz.) bezeichnet den Entwurf als ein Gesetz zur Vernichtung der Kleinindustrie. Die Kontrolle zur Ausführung bringe ein Justizsystem über die Fabriken; die Kosten würden große sein. Im Tabaksteuergesetz hier der Zoll auf feingeknickten Tabak auf 300 M. festgesetzt...

Bei der Abstimmung erhält die Regierungsvorlage keine Stimme, die Zigarettenpapiersteuer ist demnach abzulehnt. Der sozialdemokratische Antrag, den Vespersteuer über Vaberollesteuer dem Plenum zur ersten Beratung zu überweisen...

Die Budgetkommission des Reichstags führte gestern die Beratung des dritten Nachtragsbats für die Kolonien zu Ende und bewilligte die Forderung von 2407 875 M. Die Schutztruppe in Ostafrika soll dauernd auf eine Kopfzahl von 2010 farbigen Soldaten gebracht werden...

Aus der Partei.

Zum Fall Kramer

äußert sich jetzt auch das zweite täglich erscheinende Parteiblatt in Ossen, die Rainzer „Volkzeitung“. Sie schreibt:

Arnold Scholz. Neue Welt.
Hasenbeide 108/114.
Im größten und schönsten Saale Berlins und Umgegend.
Täglich:
Großes Münchener Bockbierfest
Baron Muckl's
oberbayrische Bauernkapelle D'Hollertauer.
Bedienung durch 30 echte bayrische Mad'n.
Ulrich über Ulk.
Anfang täglich 7 Uhr. — Entree M. 0.30.
Nächsten Freitag: Prämierung des kleinsten Damenfußes.
Preise: 60 M., 40 M., 20 M. 71L*

TUMA-ZARI
51682*
Beste 2 Pfg.-Zigarette.

Schwarzperle Friedrichsberg, Jernspiter Nr. 8.
Adler Frankfurter-Chaussee 5.
Mittwoch, den 7. Februar:
Gr. Bockbier-Jubel
und
Willy Walde-Sänger.
Nachher: **Tanzkränzchen.**
Montag, den 12. Februar:
Auf vielseitigen Wunsch! unter Leitung der Brill-Diva Margarete Wolkotte.
Volks-Kabarett
Gebr. Arnold. 56582*

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5
Das erste fettdruckte Wort 10 Pfg. Wörter mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 1 1/2 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Invantur-Ausverkauf. Gardinen 10 Prozent Rabatt. Fenster (zwei Ecks) 140, 185, 225, 265, 350, 485, 575, 665 ufm. 12012*

Chaiselongue, Tischensofa, Tru- man, mahagoni, Kirschbaum, Kunst- leiche, Streuzerband, Bettstellen, ein- zelne Matratzen ganz billig, Madras- stoffe 57, vorn Keller, Lazarus. *

Chauffeurische des Technikus Gletto, Berlin, Reanderstraße 4. Gründliche theoretische und praktische Ausbildung von Chauffeuren in Tageskursen. Prospekt frei. 204/11*

Chauffeurische nachmittags such! Genk, Koppentstraße 60. 25056

Achtung! Achtung! Bauhandwerker!
Seit Donnerstag, den 1. d. Mts., befinden sich die Arealen des Bauerverbandes in einer Ruhebewegung. 136/19

Wäschmaschinen, ohne Geld, Woche 1.00. Uhr Gratistgabe, gebrauchte 12.00 an. Köpenderstraße 60/61. Große Frankfurterstraße 43, Prenslauerstraße 59/60. 748*

Wäschmaschinen, ohne Geld, Woche 1.00. Uhr Gratistgabe, gebrauchte 12.00 an. Köpenderstraße 60/61. Große Frankfurterstraße 43, Prenslauerstraße 59/60. 748*

Chauffeurische nachmittags such! Genk, Koppentstraße 60. 25056

Achtung! Achtung! Bauhandwerker!
Seit Donnerstag, den 1. d. Mts., befinden sich die Arealen des Bauerverbandes in einer Ruhebewegung. 136/19

Achtung! Achtung! Bauhandwerker!
Seit Donnerstag, den 1. d. Mts., befinden sich die Arealen des Bauerverbandes in einer Ruhebewegung. 136/19

Verkäufe.
Invantur-Ausverkauf. Gardinen 10 Prozent Rabatt. Fenster (zwei Ecks) 140, 185, 225, 265, 350, 485, 575, 665 ufm. 12012*

Chaiselongue, Tischensofa, Tru- man, mahagoni, Kirschbaum, Kunst- leiche, Streuzerband, Bettstellen, ein- zelne Matratzen ganz billig, Madras- stoffe 57, vorn Keller, Lazarus. *

Chauffeurische des Technikus Gletto, Berlin, Reanderstraße 4. Gründliche theoretische und praktische Ausbildung von Chauffeuren in Tageskursen. Prospekt frei. 204/11*

Chauffeurische nachmittags such! Genk, Koppentstraße 60. 25056

Achtung! Achtung! Bauhandwerker!
Seit Donnerstag, den 1. d. Mts., befinden sich die Arealen des Bauerverbandes in einer Ruhebewegung. 136/19

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin, für den

Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin, Druck u. Verlag: Bornstra

Drohdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

